

101. KATHOLIKENTAG: KAB PRÄSENTIERT MITMACHAKTION ZUR MENSCHENWÜRDIGEN ARBEITSWELT 4.0

## Arbeitsminister: Uns wird die Arbeit nicht ausgehen

**Trotz der Digitalisierung und den Umbrüchen in der Arbeitswelt wird es genügend Erwerbsarbeit geben. Dies versicherten die beiden Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) und Hubertus Heil (SPD) in den Diskussionen mit der KAB auf dem Katholikentag in Münster.**

Viele Hundert Besucherinnen und Besucher des Katholikentages in Münster wurden am Stand der KAB mit den Konsequenzen einer digitalen Arbeitswelt 4.0 konfrontiert. Besucher/-innen, Kirchenvertreter/-innen und Politiker/-innen wurden nach Chancen und Risiken befragt, die dieser technische Umbruch für die Menschen in der Arbeitswelt bedeutet. Viele äußerten ihre Angst, mit der Digitalisierung nicht Schritt halten zu können und ihre Arbeit nicht mehr leisten zu können oder ihren Arbeitsplatz ganz zu verlieren. So berechnet das Internetunternehmen Bitkom, dass jeder Zehnte bald arbeitslos sein wird. Der IT-Brancheverband rechnet damit, dass in den kommenden fünf Jahren 3,4 Millionen Arbeitsplätze wegfallen werden.

### ARBEITSMINISTER BERUHIGEN

Diesen Ängsten begegneten die beiden von der KAB eingeladenen Arbeitsminister mit einer hoffnungsvollen Prognose. Im Interview am KAB-Stand betonte NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann, dass es weiterhin genügend



Bundesarbeitsminister Hubertus Heil wirbt gemeinsam mit KAB-Vorsitzenden Andreas Luttmer-Bensmann für menschenwürdige Arbeit in der digitalen Wirtschaft.

Foto: Rabbe

Erwerbsarbeit geben werde. Dennoch, so Laumann, werden Tausende von Arbeitsplätzen in Versicherungen, Verwaltungen und Industrie durch die digitalisierten Produktions- und Arbeitsprozesse vernichtet werden. Und auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil betonte auf dem Katholikentagspodium „Friedlich digitale Arbeitswelt?“ mit KAB-Bundevorsitzendem Andreas Luttmer-Bensmann, dem Arbeitswissenschaftler Prof. Hilmar Schneider und

dem Vorstandsvorsitzenden der Burda Media Holding, Dr. Paul-Bernhard Kallen, dass „unserer Gesellschaft die Erwerbsarbeit nicht ausgehen wird!“

### LÖSUNGEN FÜR VERLIERER

Die Politik versuche, mit Bildungs- und Qualifikationsmaßnahmen die Zahl der Verlierer dieses Prozesses so gering wie möglich zu halten. Bis zu neunzig Prozent der Erwerbstätigen könnten in der

neuen Arbeitswelt 4.0 eine Arbeit finden. Luttmer-Bensmann warnte davor, jene aufzugeben, die den Wandel nicht schaffen. „Der einzelne Arbeitnehmer“, so Luttmer-Bensmann, „gerate unter Druck, dass er die Anpassung nicht schaffen könne.“ Der Bundesvorsitzende warnte in der Podiumsdiskussion davor, heute in der Industrie 4.0 die gleichen Fehler zu machen, wie im 19. Jahrhundert als in den Fabriken und Webstühlen die Industrie 1.0 Einzug

hielt und Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Existenz nicht mit ihrer Arbeit ausreichend sichern konnten.

### BREITE FORDERUNG NACH MENSCHENWÜRDIGER ARBEIT

So stellte die KAB immer wieder die Forderung nach menschenwürdiger Arbeit in einer digitalen Wirtschaft. Neben der Angst um den Arbeitsplatz entständen immer zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse, so eines der Ergebnisse bei der Befragung von Katholikentagsbesucher/-innen am KAB-Stand. Entgrenzte Arbeitszeiten, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse als digitale Tagelöhner, keine Mitbestimmung und fehlende Sozial- und Arbeitsrechte sowie niedrige Entlohnungen sind die Begleitumstände der Wirtschaft 4.0. „Viele Unternehmen verwechseln Digitalisierung mit Ausbeutung“, erklärte Arbeitsminister Heil, der gute Arbeit nicht garantiert sehe. Die Arbeitsminister Karl-Josef Laumann und Hubertus Heil unterstützen die KAB-Aktion „#DIGITALE\_ARBEIT\_MENSCHEN\_WÜRDIG“, mit der die KAB Deutschlands am 6. Oktober, im Vorfeld des Welttags für menschenwürdige Arbeit, die Frauen und Männer in der KAB und den Vereinen aufruft, menschenwürdige und unwürdige Arbeitsverhältnisse mit dem Aktionsbanner sichtbar zu machen.

**Siehe auch Beilage in dieser Zeitung.**

## Rückkehrrecht in Vollzeit nicht für alle

**Maria Etl: Rückkehrrecht ist Grundlage für Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Ende Mai könnte sich bereits das Kabinett mit dem ausgearbeiteten Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) befassen. „Auch wenn das Wie noch nicht ganz feststeht, aber das Gesetz zur Rückkehr in Vollzeit wird kommen, wie das Amen in der Kirche“, gibt sich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil kämpferisch. Damit könnten besonders Frauen den Anspruch wahrnehmen, nach Elternzeit und Kindererziehung oder Pflegezeit von Angehörigen aus einer Teilzeitbeschäftigung in eine Vollzeitbeschäftigung zurückzukehren. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) arbeiten 70 Prozent der Mütter mit Kindern unter 18 Jahren in Teilzeit, lediglich fünf Prozent der Väter. „Mit dem Rückkehrrecht auf Vollzeit wird eine Grundlage geschaffen, dass Frauen zum einen nicht

in der Teilzeitfalle hängen bleiben und zum anderen ist es eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so KAB-Bundevorsitzende Maria Etl.

### NICHT ALLE FRAUEN PROFITIEREN

Die bisherige Regelung sorgt dafür, dass Frauen, die sich für Teilzeit entschieden haben, um Eltern zu pflegen, kaum eine Chance auf Rückkehr in die Vollzeit haben. „Es behindert Frauen nicht nur in ihrem beruflichen Aufstieg, sondern benachteiligt sie später in der Rente, die oft nur knapp über der Grundsicherung liegt“, erklärt Etl. Die KAB-Vorsitzende kritisiert daher auch, dass fast vierzig Prozent der berufstätigen Frauen nicht von dem neuen Gesetz profitieren werden. Beschäftigte in Kleinbetrieben gehen leer aus.

Das Recht auf Rückkehr in Vollzeit soll nur in Betrieben mit mehr als 45 Mitarbeitern gelten. Die SPD wollte ursprünglich nur die Firmen mit bis zu 15 Mitarbeitern von dem Rückkehrrecht ausnehmen.

Eine „Zumutbarkeitsgrenze“ wurde zugunsten der Arbeitgeber beschlossen. So müssen Unternehmen, die zwischen 45 und 200 Beschäftigte haben, nur jedem fünfzehnten Angestellten den Rechtsanspruch gewähren. Umgekehrt besteht erst nach einem Jahr Vollzeit wieder die Möglichkeit, in Teilzeit zurückzukehren. Aus der bisherigen unbefristeten Teilzeit wird eine befristete, eine sogenannte Brückenteilzeit. Arbeitsminister Heil, selbst Vater von einem Sohn und einer Tochter, sieht dennoch im neuen Gesetz die Möglichkeit, Arbeit und Leben besser miteinander zu vereinbaren.

## 40 Euro mehr Kindergeld

**Bundesausschuss für gute Nachwuchsförderung**

Die Frauen und Männer des KAB-Bundesausschusses stimmten auf ihrer jüngsten Sitzung in Ludwigshafen einstimmig dafür, sich einerseits für die Einführung eines Kindergrundeinkommens und andererseits sich für die Anhebung des derzeitigen Kindergeldes um 40 Euro pro Monat in Politik und Gesellschaft stark zu machen. Derzeit erhält eine Familie mit einem Kind 194 Euro pro Monat. Den gleichen Betrag erhalten Familien für das zweite Kind. Für das dritte Kind werden 200 und für das vierte 225 Euro Kindergeld bezahlt. Für jedes weitere Kind erhält die Familie ebenfalls 225 Euro. Der derzeitige Kinderzuschlag beträgt maximal 170 Euro pro Monat. Mit diesem werden Ausbildungs- und Teilhabeleistungen von sozial schwächeren Familien gefördert. Dagegen wurde der Kinderfreibetrag in diesem Jahr auf 4788 Euro pro Jahr

erhöht. Dieser soll auch im kommenden Jahr so bestehen bleiben. Noch im Bundestagswahlkampf hatte sich die SPD für ein Kindergeld in Höhe von 393 Euro und einen Kinderzuschlag für ärmere Familien von 31 Euro ausgesprochen. Der Koalitionsvertrag will zwar „Familien stärken“, doch CDU, CSU und SPD sehen ihre Aufgabe vorwiegend darin, Familie, Kindererziehung und Pflege mit Beruf und Arbeitszeit besser zu vereinbaren. Die Delegierten des KAB-Bundesausschusses beschlossen zudem, sich in der politischen Diskussion dafür einzusetzen, dass eine Änderung der Gesetzeslage auf den Weg gebracht wird, damit eine Abschaffung der Anrechnung des Kindergeldes auf die ALG-II-Bezüge für Kinder von Empfängern von Arbeitslosengeld II erfolgt.“



### ZUKUNFT DIGITALE GENOSSEN

200 Jahre Raiffeisen: Bundesjustizministerin Barley sieht große Chance in der Genossenschaftsidee.



### KAB AM TAG DER ARBEIT

Traditionell nahmen KAB-Vereine wie hier in Limburg an den Aufmärschen zum 1. Mai teil.



### KATHOLIKENTAG: DIGITALE ARBEIT

Prälat Kossen ruft beim Arbeitnehmer-Gottesdienst auf, hinzuschauen bei unwürdiger Arbeit.



Die Einführung eines Mindestlohns war ein Erfolg. Liegt doch schon allein im Begriff „Lohnuntergrenze“ die Aussage, dass menschliche (Erwerbs-)Arbeit einen wirtschaftlichen Mindestwert hat und andererseits, dass Arbeit der Existenzsicherung dienen muss. Gleichzeitig liegt im gesetzlich verordneten Mindestlohn eine deutliche Absage an Unternehmen und Betriebe, die menschliche Arbeitskraft auszubeuten.

Doch wie sieht es in der Realität aus? Immer noch gibt es in Deutschland weit über drei Millionen Arbeitslose. Immer noch bekommen über eine Million Arbeitnehmer keinen gesetzlichen Mindestlohn. Und immer mehr Unternehmen haben keine Tarifbindung. Dabei vergrößert sich in Deutschland die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weiter dramatisch, wie die jüngste OECD-Studie belegt. Das Stöhnen der Unternehmer vor zu hohen Arbeitskosten und steigenden Sozialabgaben fällt in keinem anderen Land auf so fruchtbaren Boden. Laut OECD haben gerade Arbeitgeber hierzulande einen vergleichsweise geringen Anteil an Sozialabgaben. Die Auswirkungen treffen gerade die Arbeitnehmer, die in Deutschland überdurchschnittlich die Last tragen. Wegen des hohen Anteils sind besonders Gering- und Alleinverdienner belastet. Lediglich Familien mit einer/m Ernährer/-in und zwei Kindern haben von einem Euro noch 80 Cent in der Familienkasse. Es bleibt also noch genug zu tun!

Ihre Redaktion

  
Matthias Rabbe

IMPRESSUM

112. Jahrgang, Hrsg. KAB Deutschlands  
Redaktion und Vertrieb Matthias Rabbe (verantwortl.), Iris Koglin  
Telefon (02 21) 77 22-1 31  
Fax (02 21) 77 22-1 35  
Bernhard-Letterhaus-Straße 26  
50670 Köln  
kab-impuls@ketteler-verlag.de

Ketteler-Verlag GmbH  
Geschäftsführer: Alois Nock  
Amtsgericht Köln, HRB 34678  
Bernhard-Letterhaus-Straße 26  
50670 Köln

Gesamtherstellung Heider Druck GmbH  
Heider Druck GmbH  
Bergisch Gladbach

Anzeigen und Beilagen  
Joh. Heider Verlag GmbH  
Susanne Krausewitz  
E-Mail: krausewitz@heider-medien.de

Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Auflage: 80.000

Für Termine keine Haftung.  
Der nächste KAB-Impuls erscheint am 24. Juli 2018

Letzter Versandtag:  
20. Juli 2018

ISSN 1434-4386  
www.ketteler-verlag.de

FEHLENDE KONTROLLEN: IMMER HÄUFIGER WIRD DER MINDESTLOHN NICHT GEZAHLT

# „Brauchen Druck beim Mindestlohn!“

Die Delegierten des Bundesausschusses der KAB Deutschlands haben sich auf ihrer jüngsten Tagung in Ludwigshafen eindeutig dafür ausgesprochen, sich in den politischen Diskussionen für die Erhöhung des Mindestlohns auf 13,44 Euro brutto pro Stunde einzusetzen.

Wenn es allein nach der Statistik gehen würde, müsste der Mindestlohn in Deutschland von derzeit 8,84 Euro pro Stunde ab dem kommenden Jahr auf 9,19 Euro ansteigen. „Im Regelfall“, so heißt es in der Geschäftsordnung der Mindestlohnkommission, die über die Erhöhung entscheidet, „steigt der Stundensatz so wie der Tarifindex des Statistischen Bundesamtes“. Und der hat sich in den vergangenen zwei Jahren so entwickelt, dass ab Januar kommenden Jahres der Mindestlohn um etwa 30 Cent angehoben werden müsste. Es sei denn, die von Arbeitgebern und Gewerkschaftern paritätisch besetzte Kommission kommt aufgrund der starken Konjunktur zu einer anderen Entscheidung. Die Kommission legt im Juni die Höhe für das kommende Jahr fest.

KAB-STELLUNGNAHME AN DIE MINDESTLOHNKOMMISSION

Die KAB Deutschlands hat in einer Stellungnahme für die schriftliche Anhörung der Mindestlohnkommission deutlich gemacht, dass die Anhebung des Mindestlohns bedeutend höher ausfallen muss. Auch die Delegierten



Der Mindestlohn könnte 2019 auf 9,19 Euro steigen. Zu wenig, meinen diese Betroffenen. Die KAB Deutschlands fordert 13,44 Euro. Foto: Rabbe

des Bundesausschusses hatten sich im Frühjahr in Ludwigshafen einstimmig für eine Anhebung des Mindestlohns auf brutto 13,44 Euro pro Stunde ausgesprochen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht neben dem Tarifindex auch in der Existenzsicherung ein wichtiges Kriterium für die Mindestlohnhöhe. Denn von knapp 1500 Euro brutto kann kaum jemand seinen Lebensunterhalt

bestreiten, meint DGB-Chef Stefan Körzell.

BETRIEBSRAT UND MINDESTLOHN

Gleichzeitig wird deutlich, dass der Mindestlohn längst nicht immer bezahlt wird. Wie die Hans-Böckler-Stiftung herausgefunden hat, haben allein 2016 über 2,2 Millionen Beschäftigte den gesetzlich vorgeschrie-

benen Mindestlohn nicht erhalten. Garant für die Einhaltung des Mindestlohns sind Betriebsräte. In diesen Betrieben wird der Mindestlohn angewendet. Die Tricks der Arbeitgeber, den Mindestlohn zu unterlaufen, sind vielfältig. So wirbt die ETL-Rechtsanwaltgruppe mit Möglichkeiten für Arbeitgeber, den Mindestlohn zu unterlaufen. Zwar warnt die ETL-Gruppe, dass unbezahlte Überstunden oder Verstöße gegen die Aufzeichnungspflicht strafbar sind, doch betont sie gleichzeitig, dass Scheinselbstständige oder freie Mitarbeiter nicht unter den Mindestlohnbeschluss fallen.

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls hat bei ihren Prüfungen im ersten Halbjahr 2017 in neun Prozent der untersuchten Fälle Verstöße gegen das Mindestlohngesetz festgestellt. Obwohl es einen leichten Anstieg der Kontrollen gab, konnte die Zahl der Kontrollen 2017 noch nicht das Niveau vor der Mindestlohn-Einführung erreichen. „Wir brauchen deshalb strengere Kontrollen und einen existenzsichernden Mindestlohn von mindestens 13,44 Euro pro Stunde“, fordert KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann.

## KAB-Tagung: Fairer Handel ist möglich

Trotz Trumps TTIP-Stopp schließt die EU weiterhin umstrittenes Freihandelsabkommen mit Ostafrika ab

Knapp 70 Prozent der ostafrikanischen Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft, mit der Kleintierhaltung und Milchproduktion in besonderem Maße verbunden sind. Dennoch schließen die Länder der Europäischen Union mit den meisten ostafrikanischen Staaten ein Freihandelsabkommen ab, das unter der irreführenden Bezeichnung Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) 2016 verabschiedet wurde. Mit dem Abkommen werden überschüssige, minderwertige und hochsubventionierte Hühnerhälften, die in der EU wenig Absatz finden, sowie Unmengen an Milchpulver exportiert, berichtet Freihandelsexperte Francisco Mari (Brot für die Welt) auf der gut besuchten Fachtagung „Faire Handelsverträge sind möglich“, die der KAB-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Katholisch Sozialen Bildungswerk (KSB) veranstaltet hatte.

Gut zehn Jahre hatten sich viele ostafrikanische Staaten wie Kenia oder Uganda, das Partnerland der KAB Rottenburg-Stuttgart, gegen das Freihandelsabkommen gewehrt, um die einheimische Wirtschaft vor der ökonomischen Übermacht der EU-Staaten zu schützen. Auf die Unterschriftsverweigerung durch die kenianische Regierung antwortete der damalige EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso mit Zöllen auf landwirtschaftliche Produkte aus Kenia. Kleinbauern verloren so einen wichtigen Absatzmarkt. Die Taktik des heute beim Investmentbankhaus Goldman & Sachs angestellten Barroso ging auf; um Schaden von seinem Land fernzuhalten, unterschrieb Kenias Ministerpräsident Raila Amolo Odinga das EP-Abkommen. Doch der Binnenmarkt ist seitdem in Gefahr. Seit 2017 sind die ostafrikanischen Staaten gezwungen, ihre Märkte bis zu 83 Prozent

für europäische Produkte zu öffnen, ohne schützende Zölle, so Brot-für-die-Welt-Experte Mari. 2009 exportierten deutsche Firmen noch 7000 Tonnen Geflügelfleisch nach Afrika. 2014 waren es bereits 48.000 Tonnen. Am Beispiel Kameruns wurden die Auswirkungen deutlich: 15 Millionen Euro Verlust für die einheimische Wirtschaft, der Verlust von 110.000 Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und die vollkommene Vernichtung der heimischen Geflügelproduktion, Anstieg der Armut auf dem Land und die anschließende Landflucht.

KAB: AFRIKA BRAUCHT KEINE EPAs

Im aktuellen Koalitionsvertrag konnte die SPD ihr Regierungsprogramm aus dem Wahlkampf buchstäblich einbringen: „In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht

zulasten der Entwicklungsländer produziert und exportiert werden. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den afrikanischen Staaten soll daraufhin überprüft werden, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen“, so der Koalitionsvertrag. Darüber hinaus „sollen verbindliche soziale (ILO Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Mindeststandards verbindlich festgeschrieben werden.“

Die KAB stellte vier Handlungsoptionen für eine menschenwürdige und faire Handelsbeziehung zu Afrika auf. Afrika braucht keine EPAs, Priorität hat der Ausbau eines afrikanischen Binnenmarktes. Entlang der Produktionsketten müssen auch in Afrika gemeinsame Standards eingeführt werden und unter dem Motto „der Mensch zuerst“ müsse eine echte partnerschaftliche Politik auf Augenhöhe geschaffen werden.

### LESERBRIEFE

WHO-Grenzwerte sind deutlich niedriger

Leserbrief zu: „Die Luft ist zum Atmen da ...“, in Impuls März/April 2018

Die deutschen Grenzwerte garantieren keinen wirklichen Gesundheitsschutz. So sind die Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation WHO deutlich niedriger. Beispielsweise werden im Nachbarland Schweiz diese weitgehend eingehalten. Bitte berichten Sie, wie dies dort möglich ist.

Karl Ross, Gerbrunn

Wahrheitsgehalt überprüfen

Leserbrief zu: „Die Luft ist zum Atmen da ...“, in Impuls März/April 2018

Hier wird locker von 6000 Abgestorbenen berichtet, deren Wahrheitsgehalt keiner Überprüfung standhält und nur eine Erfindung der Umweltverbände ist. Die Greenpeace-Aktivistinnen führen ein Kasperl-Theater auf der Straße auf, was der KAB sehr wichtig erscheint? ... Es wundert mich und auch die real denkenden Mitbürger, wie die Politiker und Richter gegenüber den Umweltpiraten einknicken, ohne Fakten wissenschaftlich überprüft zu haben. Es kann doch nicht sein, dass auf der Straße 40 mg Stickoxid tödlich sind und im Büro 950 mg akzeptiert werden, wo sich Menschen bis zu acht Stunden am Tag aufhalten. Den Umweltverbänden geht es schon lange nicht mehr um die Umwelt, sondern um Macht und Geld und die Autofirmen werden erpresst. Es würde den KAB-Verantwortlichen gut

anstehen, sich Expertenmeinungen einzuholen, bevor sie den Mitgliedern dummes Zeug präsentieren. Es scheint sie nicht zu interessieren, dass viele arbeitenden KAB-Mitglieder Dieselfahrer sind und die Existenz bedroht sehen durch ungerechtfertigte dumme Panikmache, die keiner Überprüfung standhält.

Bruno Fuchs, Stuttgart

Die Zahl der „Abgestorbenen“ stammt nicht von Umweltverbänden, sondern aus einer Studie des Umweltbundesamts (UBA): „Die NO<sub>2</sub>-Konzentrationen in der Außenluft in Deutschland führen zu erheblichen Gesundheitsbelastungen. Dies zeigt eine Studie des Umweltbundesamts (UBA). Demnach lassen sich für das Jahr 2014 statistisch etwa 6000 bis 8000 vorzeitige Todes-

fälle aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen auf die NO<sub>2</sub>-Hintergrundbelastung im ländlichen und städtischen Raum zurückführen. Die Studie zeigt außerdem: Die Belastung mit Stickstoffdioxid steht im Zusammenhang mit Krankheiten wie Diabetes mellitus, Bluthochdruck, Schlaganfall, der chronisch obstruktiven Lungenerkrankung (COPD) und Asthma. UBA-Präsidentin Maria Krautzberger: „Die Studie zeigt, wie sehr Stickstoffdioxid der Gesundheit in Deutschland schadet. Wir sollten alles unternehmen, damit unsere Luft sauber und gesund ist. Gerade in den verkehrsreichen Städten besteht Handlungsbedarf. Das hat das Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Selbst Fahrverbote sind als letztes Mittel demnach möglich.“

(Erklärung des UBA, die Red.)

# Gute Chance in Zeiten des Umbruchs

Katarina Barley: „Ich glaube nicht an die Allheilkraft der Märkte. Gemeinsam schaffen wir mehr ...“

**Mit der Digitalisierung werden neue Unternehmensmodelle und Arbeitsverhältnisse geschaffen. Ist das Modell der Genossenschaft am Ende? Im folgenden Beitrag erläutert Bundesjustizministerin Katarina Barley die Chancen von Genossenschaften in der Zukunft:**



Bundesjustiz- und Verbraucherministerin Dr. Katarina Barley sieht die Notwendigkeit, die genossenschaftliche Rechtsform zu überdenken. Foto: privat

„Über 22 Millionen Menschen sind Mitglied einer der mehr als 8000 Genossenschaften in Deutschland – das ist beinahe jeder Vierte. Ich selbst gehöre dazu. Genossenschaften sind Sympathieträger: Hier steht Zusammenhalt statt Profit an erster Stelle. „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele“, sagte Friedrich Wilhelm Raiffeisen, einer der Gründerväter der Genossenschaftsbewegung, der vor 200 Jahren geboren wurde.

Genossenschaftliche Werte sind aber nichts Museales. Sie werden im Hier und Jetzt gelebt. Ja, sie erleben sogar einen Aufschwung. Nachhaltiges Wirtschaften wird nachgefragt. Auch der Wunsch nach Regionalität hat eine Renaissance erfahren. Die Suche nach Verankerung und Identität gibt Menschen Halt in einer komplexer empfundenen, stärker international ausgerichteten Welt. Genossen-

schaften können dabei Heimatgeber sein.

## WÜNSCHE DER MENSCHEN

Ich glaube nicht an die Allheilkraft der Märkte. Gemeinsam schaffen wir oft mehr, als wenn alle für sich allein wirtschaften. Regionale, kleinere, nicht rein auf Profit zielende Einheiten kön-

nen näher dran sein an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen und können passgenauer und nachhaltiger wirtschaften.

Genossenschaften bringen die Chance, in Zeiten des Umbruchs durch die Digitalisierung die Wirtschaft sozial zu gestalten und gemeinschaftlich zu handeln. Denn in der digitalen Welt finden sich viele klassische Gedanken

von Genossenschaften wieder – Menschen zu vernetzen, Ideen zu finden und Bedürfnisse zu erkennen. Die genossenschaftliche Rechtsform ist im Grunde eine frühe Form der Schwarmintelligenz und des Crowdfundings.

## ZUSAMMENHALT STATT SPALTUNG

Zusammenhalt statt Spaltung in der digitalen Welt – das ist die Aufgabe, vor der Genossenschaften stehen. Doch auch die Politik muss ihre Hausaufgaben machen. Genossenschaften können zur Rechtsform der Zukunft werden. Wir müssen daher die genossenschaftliche Rechtsform mitdenken, wenn wir gesetzlich handeln – und das nicht nur beim jüngst reformierten Genossenschaftsgesetz.

Wenn wir das gemeinschaftliche Wirtschaften fördern wollen, müssen wir in Zusammenarbeit mit den Genossenschaften vor Ort und ihren Verbänden handeln. Dann können auch die Digitalgenossen zum Erfolg werden – und Friedrich Wilhelm Raiffeisen mit seinem Gedanken zum Sozialreformer auch im 21. Jahrhundert.“

**Katarina Barley, Bundesjustiz- und Verbraucherschutzministerin (Beitrag ist auch in der FR erschienen)**

## Genossenschaften sind weiter aktuell

„200 Jahre nach der Geburt und 130 Jahre nach dem Tod von Friedrich Wilhelm Raiffeisen ist die Idee der Genossenschaft hoch aktuell.“ Dies betont KAB-Bundesvorsitzende Maria Etl aus Anlass des Raiffeisen-Jahres 2018 zum 200. Geburtstag von Raiffeisen. Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) wäre am 30. März 2018 200 Jahre alt geworden. Der Sozialreformer aus Neuwied am Rhein gehört zu den Gründern der genossenschaftlichen Bewegung in Deutschland. Um Menschen in Not vor Ausbeutung zu schützen, initiierte Raiffeisen Genossenschaften, in denen sich Arbeiter organisieren und ihre Bedürfnisse gemeinsam regeln konnten. „Angesichts einer zunehmenden Privatisierung und Zentralisierung sind demokratische und selbstbestimmte Unternehmensformen wie die Genossenschaft eine wichtige Zukunftsaufgabe“, betont Vorsitzende Etl.

## GEMEINSCHAFTSWOHL STATT PROFIT

So widersetzen sich in jüngster Zeit Energiegenossenschaften dem Monopol der Energiekonzerne. Die KAB hat in ihrem Würzburger Beschluss „Fair teilen statt sozial spalten!“ bereits 2011 die Mitglieder aufgerufen, ihre regionale Verwurzelung zu nutzen und sich am Aufbau regionaler Initiativen wie „Erzeuger-Verbraucher-Kooperativen und Genossenschaften“ zu beteiligen, um lokale beziehungsweise regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. „Genossenschaften sind die Unternehmens- und Betriebsform, die die Möglichkeiten zu einer wertorientierten und nicht zuletzt echten sozialen Marktwirtschaft schaffen“, so Maria Etl. Nicht der Profit Einzelner, sondern das Wohl der Gemeinschaft vor Ort stehe bei Genossenschaften im Vordergrund. Gleichzeitig werde aber der Einzelne gestärkt. „Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele“, zitiert die KAB-Bundesvorsitzende Raiffeisen. Besonders im globalen Wettbewerb komme der Genossenschaft ein wichtiger Stellenwert für regionales und nachhaltiges Wirtschaften zu. Darüber sind Genossenschaften mehr als ein Unternehmensmodell. Die Genossenschaftsbewegung verstand sich immer auch als sozial-kulturelle Reformbewegung mit dem Ziel: anders leben.

Nach dem 2. Weltkrieg ermöglichte die KAB mit Siedlungsgenossenschaften vielen Menschen und Familien, mit anderen Eigentum und Wohnraum gemeinsam zu schaffen. „Der soziale Wohnungsbau profitiert heute noch von der Genossenschaftsidee“, so Etl. So sehen zwei Drittel der Deutschen in Genossenschaften mehr Gerechtigkeit, drei Viertel halten die Wirtschaftsform für zeitgemäß, so eine Forsa-Umfrage. Das Raiffeisen-Jahr steht unter dem Motto „Mensch Raiffeisen. Starke Idee!“

# Versteckte Sonntagsarbeit im Betrieb

7. Zeitkonferenz stellte Gemeinwohl und Arbeitszeit in den Mittelpunkt / Kritik an Klientelpolitik

**Auf der diesjährigen 7. Zeitkonferenz in Berlin diskutierten Vertreter von Gewerkschaften und christlichen Arbeitnehmerorganisationen sowie Betriebsseelsorger unter dem Motto „Freie Zeit für freie Bürger“ die Frage von Gemeinwohl und Arbeitszeit.**

Trotz bundesweit großer juristischer Erfolge im Bereich der illegalen Ladenöffnungen durch Kommunen an Sonn- und Feiertagen steigt der Anteil der Sonntagsarbeit. „Die Arbeit am Sonntag im Einzelhandel ist öffentlich und wird wahrgenommen“, erklärte Stefanie Nutzenberger, ver.di-Bundesvorstandsmitglied im Fachbereich Einzelhandel, „doch die Sonntagsarbeit in den Betrieben bleibt im Dunkeln.“ So stieg allein in Niedersachsen die Zahl der bewilligten Anträge der Betriebe auf Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen um über sechzig Prozent. Nach Paragraph 13 des Arbeitszeitgesetzes ist eine Bewilligung der außerordentlichen Sonntagsarbeit durch die Gewerbeaufsicht möglich, wenn ein „unverhältnismäßiger Schaden“ für das Unternehmen entstehen könnte.

Nicht nur immer häufiger werden diese Ausnahmeregelungen beantragt, immer häufiger werden sie auch genehmigt, ohne dass eine entsprechende Überprüfung oder Kontrolle stattfindet. „In allen Bundesländern erleben wir“, so Hannes Kreller, KAB-Sprecher der bundesweiten Sonntagsallianz, „dass die Gewerbe- und Rechtsaufsicht ihrer eigentlichen Arbeit, Betriebe zu kontrollieren, nicht nachkommt.“

## FLEXIBILISIERUNG IST EIN ANGRIFF AUF PERSÖNLICHE FREIHEIT

Bundesweit nehmen die Sondergenehmigungen zur Sonntagsarbeit zu. So erreichte die Zahl der Ausnahmegenehmigungen für die Arbeit am Sonntag durch die Gewerbeaufsichtsämter im Freistaat Bayern im Jahre 2013 laut dem bayerischen Arbeitsministerium mit 8606 Ausnahmen ein



Der arbeitsfreie Sonntag steht auch für einen gesellschaftspolitischen Gemeinwohl-Ansatz. Auf der 7. Zeitkonferenz in Berlin wurde deutlich, dass die Kontrollen hinsichtlich der Sonntagsarbeit ungenügend sind. Foto: Rabbe

neues Rekordniveau. Im Vergleich zum Jahr 2001 mit damals noch 4792 Sondergenehmigungen hat sich deren Zahl in nur 14 Jahren mehr als verdoppelt. „Das Kapital schläft nicht, wir müssen wachsam sein“, betonte Nutzenberger. Sie konstatiert, dass die Flexibilisierung „leider immer auf Kosten der Arbeitszeit“ geht. Die Unternehmensentscheidungen für mehr Flexibilisierung seien immer auch eine Entscheidung über die private Freiheit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. So wirke sich Schichtarbeit direkt auf die Situation von Familien aus und hat starken Einfluss auf die Ausbildung der Kinder, auf das Verhältnis zu Freunden und der persönlichen Gesundheit.

Besonders Klein- und mittelständische Betriebe sind durch die Sonntagsarbeit und Sonntagsöffnung einem starken Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. „Der Umsatz werde lediglich

verschoben und der Wettbewerb angeheizt“, so Stefanie Nutzenberger.

Die Vertreter der Allianz für den freien Sonntag wollen mit der 7. Zeitkonferenz den Gemeinwohl-Charakter des Sonntags, wie er vom Grundgesetz vorgegeben ist, stärker ins Blickfeld zukünftiger Aktionen stellen. Das Ziel, so Hannes Kreller, ist es, neue Allianzen zu gründen und neue Verbündete zu gewinnen.

## DER STAAT MUSS SCHÜTZER DES GEMEINWOHLS SEIN

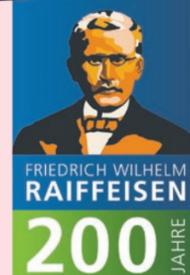
Zudem soll die Politik aufgefordert werden, stärker zu kontrollieren. Derzeit mache sich der Staat zum Handlanger einzelner Interessen aus der Wirtschaft und nicht zum Schützer des Gemeinwohls, erklärte Dr. Ralf Stroh. Wirtschaft müsse den Menschen dienen und deshalb sogar Freiräume schaffen, damit der Mensch

mehr ist als Konsument und Produzent. „Gemeinwohl bestehe darin, dass es freie Zeit für freie Bürger gibt“. Doch zunehmend werde in Politik und Wirtschaft die Anthropologie des Menschen nicht beachtet.

## DER GRIFF NACH UNSERER ZEIT

„Die Arbeitgeber greifen weiter nach unserer Zeit. Wir haben keine Zeit zur Besinnung“, gab sich Stefanie Nutzenberger vom ver.di-Fachbereich Handel kämpferisch. Heftig kritisiert wurde das sogenannte Entfesselungsgesetz der NRW-Landesregierung. Seit Ende März wurde die Anzahl der Sonntagsöffnungen verdoppelt und der Anlassbezug entgegen dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes beschnitten. „Wir müssen politisch noch aktiver werden“, erklärte der Leipziger Arbeitszeit- und Rechtsexperte Friedrich Kühn. **Videointerviews auf [www.kab.de](http://www.kab.de)**

**MENSCH  
RAIFFEISEN.  
STARKE IDEE!**



## Wirtschaft statt Gemeinwohl

**Wendelstein.** Die Politik hat die Wirtschaft stärker im Blick als das Gemeinwohl. Zu dieser Überzeugung sind viele der Teilnehmer einer KAB-Diskussionsrunde zum Thema „Altersarmut – Hintergründe und Folgen“ in Wendelstein gekommen. „Altersarmut müsste eigentlich von der gesellschaftlichen Bedeutung her, in Politik und Medien eine wichtigere Rolle spielen“ meinte Dr. Kurt Berlinger, ehemaliger Direktor der Bundesagentur für Arbeit. Obwohl die politisch Verantwortlichen wissen, dass prekäre Arbeit zu prekären Renten führt, arbeitet aktuell jeder vierte Arbeitnehmer prekär. Schon heute beziehen über eine Million Rentner Grundsicherung. Diese Zahl wird zwangsläufig steigen. Neben Rentnern, sind vor allem Kinder und alleinerziehende Frauen überdurchschnittlich von Armut betroffen. Rentner müssen zunehmend im Ruhestand hinzuverdienen, um ihre Existenz zu sichern.

## Betriebsbesuche

**Wettstetten.** Die KAB Wettstetten verschafft Mitgliedern und Nichtmitgliedern Einblicke in die heimischen Wirtschaftsbetriebe. Dies machte Georg Schneckenberger auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung deutlich. So wurde im letzten Jahr die Gunvor-Raffinerie mit 200 Mitarbeitern in Ingolstadt besucht. Gunvor wurde 1997 von dem schwedischen Unternehmer Törnqvist und seinem damaligen russischen Partner Gennadi Timtschenko, einem Bekannten von Wladimir Putin, gegründet. Die 300 in Ingolstadt beschäftigten Mitarbeiter waren zuvor bei Petropplus beschäftigt, bevor Gunvor das insolvente Unternehmen übernahm. Im April stand der Besuch der Wettstetter Möbelherstellers „Schrank-direkt“ auf dem Programm. Auf der Jahreshauptversammlung beschlossen die Vereinsmitglieder, statt einem Vorstand den Verein mit einem sechsköpfigen Vorstands-Team um Präses Klaus Gruber zu führen.

## Die jungen Neuen

**Hamm-Süden.** Die fusionierten KAB-Vereine Liebfrauen und St. Elisabeth konnten in diesem Jahr nicht nur sieben neue Mitglieder begrüßen. Gerd Erdman, Sprecher des Leitungsteams konnte bei der KAB-Versammlung darauf hinweisen, dass besonders Grund zur Freude besteht, da mit Franziska Fix (17) und Justus Baar (14) zwei „Teenies“ in die KAB eingetreten sind. Erdmann ist um die Zukunft und Vergangenheit nicht bange, denn so konnten die Eheleute Ursula und Franz Gormann für sechzig Jahre Mitgliedschaft geehrt werden.

## Gesegnete Biker

**Recklinghausen.** Ohne Kotflügel und Seitenschutz sind Biker besonders gefährdet. Zum Auftakt der diesjährigen Motorradsaison nahmen die Mitglieder des Biker-Stammtisches der KAB St. Gertrudis Hillerheide, die sich jeden zweiten Donnerstag treffen, an der Fahrersegnung teil. Anschließend nahm der Biker-Stammtisch am Gottesdienst teil, um auch geistig für die folgende Tour durchs Münsterland gewappnet zu sein. Höhepunkt bleibt weiterhin die Motorrad-Wallfahrt nach Kevelaer.

# Krefelder KAB-Beschluss für Franziskus

Freiburger KAB-Delegation übergibt dem Heiligen Vater in Rom Broschüre „Arbeit.Macht.Sinn.“

**Mannheim/Rom.** Der Beschluss des 16. KAB-Bundesverbandstages von Krefeld „Arbeit.Macht.Sinn.“ ist eng an die Thematik der Enzyklika *Laudato si* und dem apostolischen Schreiben *Evangelii Gaudium* gebunden. Wie Papst Franziskus setzt sich die KAB mit dem Beschluss für eine Globalisierung der Gerechtigkeit und der Solidarität ein.

Bei einer Audienz auf dem Petersplatz in Rom konnte nun eine KAB-Delegation aus dem Diözesanverband Freiburg dem Heiligen Vater den Krefelder Beschluss überreichen. KAB-Mitglied Spiros Lytras, KAB-Sekretär Ulf Bergemann und der ehemalige Diözesanpräses Pfr. Friedbert Böser dankten gleichzeitig Papst Franziskus für sei-



„Arbeit.Macht.Sinn.“ für Papst Franziskus. Spiros Lytras (v. l.), Ulf Bergemann und Pfarrer Friedbert Böser übergaben dem Papst den Krefelder Beschluss.

nen unermüdlichen Einsatz für gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen weltweit. „Wir haben dem Papst gedankt, weil ihm wie der KAB mit dem Krefelder Beschluss die Gerechtigkeit für alle, gerade für die Armen und Ausgeschlossenen, wichtig sind“, so der Schwetzingener Pfr. Böser. Es sei eine Sache für mehr Gerechtigkeit zu beten, aber wichtiger sei es, diese Gerechtigkeit auch im Alltag und der Arbeitswelt zu leben.

An der Wallfahrt der KAB nach Rom nahmen insgesamt 69 Pilger aus der Erzdiözese Freiburg teil. Neben dem Besuch mehrerer Pilgerkirchen in Rom nahm die Gruppe zudem am Angelus-Gebet sowie an einer Jubiläumsaudienz mit Papst Franziskus teil.

## Bayern: Aufruf zu den Betriebsratswahlen

**München/Taufkirchen.** Die Kliniken im Bezirk Oberbayern, kurz KBO, sind einer der großen Arbeitgeber zwischen Landsberg am Lech und Freilassing im Bereich Psychosomatik, Psychotherapie, Psychiatrie und Neurologie. 6700 Mitarbeiter/-innen versorgen über 110.000 Patienten an den über zwanzig Standorten in Oberbayern.

Grund genug für die KAB im Diözesanverband, sich ausführlich zu informieren, wie es mit den Arbeitnehmervertretungen in dem Gesundheitskonzern, der eine Gebietskörperschaft des Freistaates Bayern ist, steht. Schließlich sind noch bis zum 31. Mai bundesweit Betriebsratswahlen.

Diözesanpräses Diakon Michael Wagner und Heinz Neff, Diözesansekretär der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung im Diözesanverband Mün-

chen-Freising, suchten den Betriebsratsvorsitzenden Franz Wimmer auf, um sich ein Bild zu machen. Kurz vor der Wahl am 25. April gab der amtierende BR-Vorsitzende Auskunft über die Situation des KBO Isar-Amper-Klinikums am Standort Taufkirchen/Vils. Am Isar-Amber-Klinikum finden auch Ausbildungen an der Berufsfachschule für Gesundheits- und Krankenpflege statt.

### MACHT BETRIEBSRÄTE MÄCHTIG

Diözesanpräses Michael Wagner erläuterte dem Betriebsrat, dass die KAB starke Betriebsräte als unerlässliches Instrument sieht, um die Arbeitsbedingungen besonders im Gesundheitswesen im Sinne der beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nachhaltig zu verbessern.

Betriebsrat Franz Wimmer und KAB-Diözesansekretär Heinz Neff riefen deshalb die Beschäftigten zur Teilnahme an der Wahl auf, um ihrem gewählten Betriebsrat einen Rückhalt und Stärke durch die Beschäftigten zu geben. KAB-Diözesansekretär Heinz Neff hatte die Aktion zu den diesjährigen Betriebsratswahlen „Macht Betriebsräte mächtig“ koordiniert und sich gemeinsam mit dem Bundesverband für eine starke Beteiligung einerseits und Neugründungen andererseits stark gemacht. Bundesweit hatten die KAB-Diözesanverbände vor Ort Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Betriebe aufgerufen, mit einer hohen Wahlbeteiligung ihre Betriebsräte zu unterstützen. Materialien zur Durchführung der BR-Wahl und zur Arbeit von Betriebsräten finden sich auch auf der KAB-Homepage ([www.kab.de](http://www.kab.de)).



Macht Betriebsräte mächtig! Diakon Michael Wagner (r.), KAB-Diözesansekretär Heinz Neff (l.) und Betriebsrat Franz Wimmer (Mitte) warben für die Betriebsratswahlen bei den Kliniken im Bezirk Oberbayern (KBO).

## KAB-Kreuzweg und die Sozialpolitik

**Ingolstadt.** „Um des Menschen willen“ lautete das Motto des diesjährigen Kreuzwegs der Arbeit des KAB-Kreisverbandes Ingolstadt. Die über sechzig Teilnehmer/-innen wollten mit ihrem Kreuzweg in der Fastenzeit auf sozialpolitische Themen und Missstände in unserer Gesellschaft aufmerksam machen. An sechs verschiedenen Stationen in der Altstadt von Ingolstadt machte die KAB mit Gebeten und Fürbitten auf die „Asylproblematik“, die „Bewahrung der Schöpfung“ oder die „Soziale Verantwortung von Großhandelsketten“ aufmerksam.

## Poetische Wanderungen

**Rahrach.** Entspannung, Natur und gemütliche Gemeinschaftserlebnisse bietet das Josef-Gockeln-Haus der KAB seit vielen Jahrzehnten an. Doch ab Anfang Mai können Besucher/-innen der KAB-Bildungsstätte in Rahrach geistige Erbauung und erholsame Bewegungen zusammen genießen. Rund um das Bildungshaus verläuft ein 7,7 Kilometer langer Wanderweg, der nicht nur hin und wieder zur Rast und Ruhe einlädt, sondern auch mit Gedichten und Texten zur inneren Benennung. Der „Rahracher Poesieweg“ ist eine Rundtour und lädt an sechs Stationen zum Verweilen in der Natur ein. Zusätzlich bietet der „Poesieweg“ Informationen zur umgebenden Natur. [www.josef-gockeln-haus.de](http://www.josef-gockeln-haus.de)

## Digitalisierung gestalten

**Trier.** Die derzeitige Digitalisierung als technische Entwicklung ist mit vielen Ängsten und auch Hoffnungen verbunden. Dies machte Prof. Armin Schneider von der Hochschule Koblenz im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der KAB Trier, des Kolpingwerks Trier und der katholischen Erwachsenenbildung mit dem Themenschwerpunkt Arbeit deutlich. Der empirische Sozialforscher ermunterte dahin gehend, dass die Beantwortung der Fragen nach Vorteilen oder Nachteilen dieser Entwicklung abschließend von der Gestaltung dieser Entwicklungen abhängt. Hier sind alle gefordert, ihren Anteil zu leisten. Die wurde auch in der anschließenden Diskussion mit dem Kolping-Bundes-

präses Josef Holtkotte festgestellt. „Wir alle nehmen Einfluss durch unser Verhalten auf diese Entwicklung“, so Josef Holtkotte. Besonders stehen Sozialverbände wie die KAB und Kolping, aber auch kirchliche Bildungsträger in der Verantwortung, durch Bewusstseinsbildung in allen Bereichen der Gesellschaft zur Reflexion von Vor- und Nachteilen und einer vorausschauenden gesellschaftlichen Gestaltung beizutragen, so das Ergebnis der Tagung. Die drei Kooperationspartner wollen die Thematik „Wo bleibt der Mensch bei 4.0?“ in einer dreiteiligen Veranstaltungsreihe beleuchten. Die nächste findet am 7. September unter dem Motto „Digitalisierung und Gender“ statt.

## Hilfe lokal und international

**Sersheim.** Die Mitglieder der KAB Sersheim versuchen zu helfen, wo sie können. Viele Jahre unterstützte der KAB-Verein mit knapp vierzig Mitgliedern ein Waisenhaus im indischen Kerala mit tausend Euro pro Jahr. Seit sechs Jahren engagiert sich der Verein, der tief im Gemeindeleben verwurzelt ist, ein ökumenisches Kinderhospiz im nahen Ludwigsburg, das unter anderem Familien mit einem schwer kranken Kind oder Jugendlichen unterstützt und berät. Die Spenden sammelt der KAB-Verein bei einem Essen im Rahmen der Jahreshauptversammlung, beim gut besuchten Martinsspielen oder beim KAB-Frühstücken im Gemeindefaal. So konnten durch Spenden und Catering-Aktionen bei

den jährlichen Laternen-Festen zum St.-Martins-Umzug in Sersheim von der KAB weit über sechstausend Euro in den letzten Jahren gesammelt und als Spende ans Kinderhospiz weitergeleitet werden. Neben den lokalen Hilfen versuchen die Mitglieder des sozial engagierten KAB-Vereins auch mit dem Osterkerzenverkauf weiterhin Notlagen in den Entwicklungsländern zu lindern. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Spendenbereitschaft deutlich gestiegen ist, seit wir ein Projekt in der Region unterstützen. Zusätzlich werden wir auch in diesem Jahr wieder das Ugandaprojekt der KAB mit einem nennenswerten Betrag unterstützen, berichtet das Sersheimer KAB-Mitglied Klaus Nießer stolz.“

**ARBEIT.**  
**MACHT.**  
**SINN.**

**#DIGITALE\_ARBEIT\_MENSCHEN\_WÜRDIG**



[www.kab.de](http://www.kab.de)

## 7. Oktober – Welttag für menschenwürdige Arbeit

Gemeinsam mit den Partnerbewegungen in der „Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmer/-innen (WBCA)“ fordert die KAB Deutschlands ein weltweites Recht auf menschenwürdige Arbeit. Ziel muss es sein, dass weltweit Menschen in Würde leben und arbeiten können. Menschenwürdige Arbeit ist ein Anliegen, dem sich die „Internationale Arbeitsorganisation (ILO)“ seit ihrer Gründung vor 100 Jahren annimmt. Die ILO-Kernarbeitsnormen haben im Juni 1998 durch die „Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ eine politische Aufwertung erfahren. Inzwischen gilt die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit als entscheidender Beitrag zur Verringerung der globalen Armut. Die „Verinten Nationen (UN)“ haben im Jahr 2015 das Thema „menschenwürdige Arbeit“ als Ziel in die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ aufgenommen.

### LOHN REICHT NICHT ZUM LEBEN

Arbeit alleine schützt nicht vor Armut. Viele Arbeitnehmer/-innen können trotz eines oder mehrerer Jobs kein menschenwürdiges Leben führen. Löhne, von denen man nicht leben kann, unbezahlte Überstunden, ausbeuterische Kinderarbeit, Gesundheitschäden und ein fehlendes Recht auf gewerkschaftliche Organisation gehören für viele zum Alltag. Über die Hälfte der Erwerbstätigen im globalen Süden arbeitet im informellen Sektor. Die Arbeitslage ist dort oft unsicher und der Arbeitsschutz kaum gewährleistet. Vielfach verdienen diese Menschen zu wenig Geld für sich und ihre Familien, um aus der Armut herauszukommen. Der Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Nahrung ist häufig stark eingeschränkt. In vielen Fällen fehlt ihnen jegliche Versicherung, die sie bei Krankheit und im Alter unterstützen könnte. Eine gute Arbeit sowie der Zugang für alle Menschen weltweit zu einer sozialen Grundversicherung und Dienstleistungen, wie z. B. Bildung sind zwei Seiten einer Medaille, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Dieses gilt für die formelle wie für die informelle Beschäftigung. Initiator des „Welttages für menschenwürdige Arbeit“ am 7. Oktober war im Jahr 2008 der „Internationale Gewerkschaftsbund (IGB)“. Eine Erklärung der WBCA zum 7. Oktober ist im Herbst auf der Website [www.kab.de](http://www.kab.de) abrufbar.

## Setzen wir gemeinsam ein Zeichen!



Foto: Rabbe

**Bundesvorsitzender Andreas Luttmner-Bensmann und Maria Etl werben in der Kölner Geschäftsstelle für menschenwürdige Arbeit.**

Liebe Frauen und Männer in der KAB,

In diesem Jahr wollen wir bereits im Vorfeld des Welttags für menschenwürdige Arbeit, am 6. Oktober, gemeinsam mit euch ein sichtbares Zeichen für menschenwürdige Arbeit setzen.

Unser verhandliches Anliegen ist es, Arbeit und Leben in Würde und Solidarität zu gestalten. Dafür entwickeln wir Zukunft, dafür organisieren wir Veränderung. Gemeinsam lassen wir aus christlichen Werten werden. Für uns als katholische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beinhaltet menschenwürdige Arbeit ein angemessenes Einkommen, Sicherheit am Arbeitsplatz, sozialen Schutz für Familien, die Beteiligung an Entscheidungen sowie Chancengleichheit und die Gleichbehandlung von Frauen

## Leitfaden: KAB geht in Betriebe!

Die Digitalisierung unseres Alltags bemerken wir oft gar nicht mehr. Aber auch unsere Arbeitswelt ist betroffen. Der Bankangestellte oder die ganze Bank verschwindet zurück bleibt ein Geldautomat. Die Kassiererin an der Kasse ist auch verschwunden. Folgende Branchen befinden sich besonders im Wandel: Produzierendes Gewerbe (z. B. Automobilindustrie), Logistikbetriebe, Verlage (z. B. Zeitungsverlage), Bankensektor und Energieversorger. Gerade in diesen Bereichen lohnt sich ein Betriebsbesuch. Aber auch in Großbäckereien, Großmetzgereien und in der Lebensmittelproduktion kann man feststellen, dass die Digitalisierung schon voll bei uns angekommen ist.

Wie verändert sich die Arbeit in den Produktionshallen, Läden und Büros? Mit Betriebsbesuchen wollen wir es herausfinden, wollen wir die Veränderungen der Arbeitswelt 4.0 sehen und sichtbar machen. Sprechen Sie mit den Arbeitnehmer/-innen, dem Betriebsrat oder der Geschäftsführung, fragen Sie nach dem Stand der Digitalisierung, nach Schulungen, Arbeitszeiten, nach Personalentwicklung und Outsourcing von Produktion und Belegschaft. Ein umfangreicher und hilfreicher Fragenkatalog und eine konkrete Anleitung, die den Recherchebesuch des KAB-Vereins begleiten können, finden Sie unter der Internetseite [www.kab.de](http://www.kab.de) oder im Arbeits- und Lesebuch „Zukunft der Arbeit“.

### Roboter basteln

Eine weitere Möglichkeit, sich mit den Themen Digitalisierung und Arbeit 4.0 auseinanderzusetzen, ist das Bauen von Robotern aus Recycling-Materialien. Ob Pappkaton, Blechdosen, Plastikbecher, Korken, vieles ist dazu brauchbar. Beim Arbeiten mit den Materialien lassen sich positive

und Männern. Menschenwürdige und gute Arbeit garnieren somit die Würde des Menschen, sorgen für gerechtes Einkommen und tragen zur Verantwortung für die Umwelt bei.

Unser Beschluss von Krefeld ARBEIT.MACHT.SINN, beschäftigt sich intensiv mit den Auswirkungen und Herausforderungen der Digitalisierung in Wirtschaft und Arbeitswelt. Die Vernetzung von Maschinen und Menschen bestimmen mehr und mehr den Arbeitstakt. Die menschliche Arbeitskraft, die geregelte Arbeitszeit und gesellschaftliche Abläufe werden dieser Entwicklung zunehmend untergeordnet. In diesem (Wirtschafts-) System besteht die Gefahr, dass nicht der Mensch als Ebenbild Gottes im Mittelpunkt steht. Nicht Maschinen und Computer dienen dem Menschen, sondern der Arbeitnehmer dient den Maschinen und Algorithmen, die auf Profit und Gewinnmaximierung ausgerichtet sind. Der Druck auf die Arbeitenden, sich dem Takt der Maschinen anpassen zu müssen, wächst. Viele haben Angst, aufgrund der Digitalisierung und Automatisierung ihre Arbeit zu verlieren. Immer mehr können in Deutschland aber auch weltweit nicht mehr von ihrer Erwerbsarbeit menschenwürdig leben.

Als Christen ist es unsere Verantwortung, auch die Arbeitswelt menschenwürdig zu gestalten. Wir rufen deshalb alle Frauen und Männer in der KAB, Interessierte und Freunde auf, gemeinsam mit den Ortsvereinen und -gruppen menschenwürdige Arbeit vor Ort sichtbar zu machen. Herzstück der Aktionstages sind Fotos von Arbeitsorten, von Geschäften, Büros, Fabriken, Betrieben, vor denen wir unserer Forderung nach menschenwürdiger Arbeit mit dem umseitigen Plakat Ausdruck verleihen wollen. Last uns gemeinsam diesen Tag zu einem Erfolg machen. Nutzt die Ideen und Anregungen. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen!

Cott segne die christliche Arbeit.  
 Maria Etl  
 Bundesvorsitzende

Andreas Luttmner-Bensmann  
 Bundesvorsitzender

und negative Aspekte von Digitalisierung darstellen. Es können unterschiedliche Arten von Robotern entwickelt werden, große und kleine oder auch Roboter, die unterschiedliche Aufgaben erledigen können. Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt. Fotos von Robotern und weitere Anregungen finden Sie auf der Internetseite der KAB zum Aktionstag. Dokumentieren Sie Ihren Besuch und leiten Sie die Ergebnisse an die KAB worten für Ihre Homepage und leiten Sie die Ergebnisse an die KAB Deutschlands ([fotoaktion@kab.de](mailto:fotoaktion@kab.de)) weiter.

### Praktische Tipps für die Aktion

- Sie haben einen Aktionsvorschlag und wollen ihn umsetzen?
- Bilden Sie ein kleines Team, das für die Organisation verantwortlich ist.
- Klären Sie frühzeitig den Besuch mit Verantwortlichen im Betrieb ab.
- Kündigen Sie den Besuch im Verein und in der lokalen Presse frühzeitig an.
- Laden Sie Vertreter lokaler Medien zur Berichterstattung ein.
- Beim Besuch nutzen Sie das KAB-Transparent, um den Grund der Aktion zu verdeutlichen.
- Nutzen Sie die Pressemitteilung des Bundesverbandes und fügen Sie hinzu, warum Ihr Verein gerade diesen Betrieb aufgesucht hat.
- Schreiben Sie das Abschluss-Foto an die KAB Deutschlands mit dem Namen des Betriebes/des KAB-Vereins.
- Stellen Sie das Foto auf Ihre Vereins-Webseite.
- Schauen Sie am 6. Oktober, wie Ihre Aktion auf der Internetseite [www.kab.de/aktionstag2018](http://www.kab.de/aktionstag2018) sichtbar wird.

## Klick! Menschenwürdige Arbeit ins Bild setzen

Auf unserem Aktionstag am 6. Oktober 2018 wollen wir als KAB mit zeitgleichen Aktionen zwischen 9 und 17 Uhr an vielen Orten in Deutschland unser Anliegen für menschenwürdige Arbeit buchstäblich ins Bild setzen. Ob mit Handy-Kamera, Smartphone oder Digitalkamera, alle KAB-Mitglieder, Vereine und Gruppen sind aufgerufen, sich vor einem Arbeitsort in ihrer Umgebung zu versammeln und die Forderung nach menschenwürdiger Arbeit in einer Arbeitswelt 4.0 sichtbar zu machen. Nutzen Sie das umseitige Plakat, **„DIGITALE ARBEIT\_MENSCHEN\_WÜRDIG“**, um bei zukünftigen Betriebsbesuchen, Arbeitnehmer/-innen-Gottesdiensten, an Ihrem Arbeitsplatz, bei regionalen Diskussions- und Podiumveranstaltungen der KAB, bei Erntedank-Feiern oder bei Arbeitnehmer/-innen-Kreuzwegen in Ihrer Stadt auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, dass auch in einer digitalen Arbeitswelt der Mensch und seine Würde im Mittelpunkt stehen müssen.

Stellen Sie sich hinter das Plakat **„DIGITALE ARBEIT\_MENSCHEN\_WÜRDIG“** und bringen Sie Ihre Aktion am 6. Oktober ins Bild. Alle Aktionen werden wir auf einer eigens eingerichteten Internet-Foto-Seite veröffentlichen. Schicken Sie Ihr Aktionsbild unter Angabe Ihres Vereins (Adresse), Ihrer jeweiligen Aktion oder des Betriebes an die KAB Deutschlands ([fotoaktion@kab.de](mailto:fotoaktion@kab.de)).



Foto: fotolia

**Klick! Setzen Sie menschenwürdige Arbeit ins Bild!**

### PREIS FÜRS MITMACHEN

Unter allen eingesendeten Aktionsfotos wird eines ausgelost. Die Gruppe mit dem Gewinnerfoto erhält eine Einladung für vier KAB-Mitglieder in die Bundesgeschäftsstelle nach Köln mit einer Stadtführung und einem gemeinsamen Essen. Jetzt mitmachen!

### FÜRBITTE:

Guter Gott, heute am Welttag der menschenwürdigen Arbeit beten wir zu Dir.

Wir stehen wieder vor großen Herausforderungen in der Arbeitswelt. Arbeit 4.0, Digitalisierung, Robotik, Arbeitserleichterung, all das sind Schlagworte, Konzepte und Erwartungen und es ist noch nicht klar, in welche Richtung es sich entwickeln wird und welche Konsequenzen sie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat. Für viele Menschen entstehen Unsicherheiten und Ängste, auch um den Arbeitsplatz. Mit den Themen und den Ängsten der Menschen wollen wir uns als Arbeitnehmer-Bewegung auseinandersetzen.

Darum bitten wir Dich:  
 Gib uns den Mut, dieses vielschichtige Thema richtig anzupacken.

Gib uns gute Ideen, dass es gelingt, die digitale Arbeit zusammen mit unseren Partnerinnen und Partnern in der Politik, in den Gewerkschaften und in den Kirchen menschenwürdig zu gestalten.

Gib uns die Sensibilität, auf die Menschen und ihre Ängste einzugehen.  
 Darum bitten wir Dich durch Christus unseren Bruder. Amen.

**Guter Gott, Du hast uns die Erde anvertraut, damit wir sie hüten und bebauen – wie einen fruchtbirgenden Garten. Wir sollen in Barmherzigkeit und Wohlwollen miteinander leben, geschwisterlich und solidarisch, vor allem mit den Armen und Schwachen.**

**Vielen Menschen fehlt das Nötigste zum Leben, zu viele müssen unter unwürdigen Bedingungen arbeiten.**

**Hilf uns, die Ursachen zu erkennen.**

**Lass uns Ideen finden für konkrete Verbesserungen. Am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, sind wir in der „Weltbewegung christlicher Arbeiterinnen und Arbeiter“ miteinander verbunden.**

**Gib uns Kraft und Mut, um miteinander diese Welt zum Guten zu wenden.**

**Du zählst auf uns, du gibst uns dein Vertrauen, du nimmst uns in die Verantwortung.**

**Gib unseren Herzen Mitgefühl und unseren Händen Kraft. Wir werden neue Wege mit all denen beschreiten, die im Zentrum ihres Lebens Solidarität, Geschwisterlichkeit und Mitmenschlichkeit setzen. Wir wissen, dass du bei uns bist, wenn wir für menschenwürdige Arbeit kämpfen.**

**Wir vertrauen auf dich, den Freund des Lebens. Wir danken dir und preisen deine Barmherzigkeit.**

**Amen**

**Sonntagsallianz: „Auto-Salon“ ist kein Anlass-Bezug**

**Limburg.** Obwohl das Bundesverwaltungs- und Bundesverfassungsgericht den gesetzlichen Anlass-Bezug für eine Sonntagsöffnung eindeutig formuliert haben, versuchen Kommunen, City-Marketing-Initiativen und Betriebe die Geschäfte an arbeitsfreien Sonn- und Feiertagen zu öffnen. So wieder jüngst in Limburg-Weilburg. „Es hat sich herausgestellt“, so Martin Mohr, KAB-Sekretär und KAB-Vertreter im Bündnis „Allianz für den freien Sonntag“, „dass mit der Marketing-Idee „AutoSalon Limburg“ nichts anderes präsentiert werden soll, als das ganz normale Sortiment der Autohäuser an Neu- und Gebrauchtfahrzeugen“. Von traditionellem Fest und Anlass wie es das Gesetz vorschreibt, könne keine Rede sein. Grund genug für die KAB Limburg und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Widerspruch gegen die von der Stadt Limburg verfügte Freigabe eines verkaufsoffenen Sonntags aus Anlass des Frühlingsfestes und des „Auto-Salons“ am 6. Mai einzulegen. Das Gleiche, nämlich ein fehlender Anlass, berührt auch das Frühlingsfest. „Angekündigt ist da lediglich ein Fahrbetrieb „Auto-Scooter“, das dürfte als Anlass gemäß dem Hessischen Landesöffnungsgesetz nicht ausreichen“, meint Horst Gobrecht, ver.di-Gewerkschaftssekretär Südhessen. Der Widerspruch der Allianz hatte aufschiebende Wirkung, wodurch die Allgemeinverfügung der Stadt Limburg bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung außer Kraft gesetzt wurde. Die Veranstaltung „AutoSalon Limburg“ wurde durch das Widerspruchsverfahren nicht tangiert und konnte stattfinden. Die Geschäfte aber blieben geschlossen.

# Tag der Arbeit – faire Löhne

**Diözesanpräses Helmer über gerechten Mindestlohn bei „hart aber fair“**

**Augsburg/Borken, Limburg/Mainz/Köln/Ravensburg.** Mit einer deutlichen Forderung nach einem Mindestlohn von 13,44 Euro hat sich die KAB Deutschlands auf den bundesweiten Mai-Feiern positioniert. Bereits am 30. April hatte Augsburgs KAB-Diözesanpräses und Betriebsseelsorger Erwin Helmer in der ARD-Sendung „hart aber fair“ die Spaltung der Gesellschaft kritisiert und erklärt, dass der Mindestlohn nicht nur häufig nicht gezahlt werde, sondern dass die derzeit 8,84 Euro nicht zu einer menschenwürdigen Existenz ausreichen. Er unterstrich die Forderung nach einem Brutto-Stundenlohn von 13,44 Euro. Der unzureichende „Lohn der Arbeit“ stand auch im Mittelpunkt der Diskussionsveranstaltung, die der KAB Diözesanverband Mainz gemeinsam mit der Betriebsseelsorge und Kolping am Vorabend veranstaltete. Prof. Stefan Sell machte in seinem Vortrag deutlich, dass mit dem Niedriglohnbereich die Altersarmut vorprogrammiert ist. In Limburg betonte KAB-Diözesansekretär Martin Mohr auf der DGB-Veranstaltung, dass „die Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt nicht zur Versklavung von Millionen Arbeitnehmern führen“ darf. Er forderte die Politik auf, die Mindestlohnkontrollen zu verstärken und Rahmenbedingungen für eine menschenwürdig gestaltete Wirtschafts- und Arbeitswelt 4.0 zu schaffen.



KAB-Diözesanpräses Helmer im ARD-Polit-Talk „hart aber fair“. Repro: ARD/Rabbe

Auf der DGB-Kundgebung in Borken hatten Benedikt Kemper und Christoph Hesse vom KAB-Bildungswerk mehr Arbeitnehmerrechte in der digitalen Arbeitswelt und einen existenzsichernden Mindestlohn gefordert. KAB-Bundesvorsitzende Maria Etl hatte am 1. Mai in einem Interview im Kölner Dom-Radio die fehlende soziale Absicherung von Crowdworkern und die entgrenzenden Arbeitszeiten beklagt. „Auf jeden Fall sollte die Arbeitszeit planbar und existenzsichernd sein. Man muss so viel Geld verdienen können, damit man auch gut davon leben kann“, so Etl. Im Aufruf zum 1. Mai hatte die KAB Deutschlands unter dem Schlagwort: „Jetzt! Digitale Arbeitswelt menschenwürdig gestalten!“ neben der Forderung nach einem höhe-

ren Mindestlohn auch die Forderung nach mehr Mitbestimmung und geregelten Arbeitszeiten eingesetzt. In Ravensburg im Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart setzte sich die KAB für eine bessere Pflege ein. Manfred Heeb, Vorsitzender des DGB Oberschwaben warb für eine KAB-Mitgliedschaft. „Die KAB setze auf der Basis der Katholischen Soziallehre wichtige politische Impulse“, so Heeb, der anschließend die KAB-Mitgliedschaft unterschrieb. In Vechna hatte KAB-Diözesanvorstandsmitglied Pfr. Peter Kossen die Machenschaften in Bezug auf die Leiharbeiter/-innen krimineller Subunternehmer in der deutschen Fleischindustrie angeprangert. Er forderte die Anwesenden auf, ihre Augen für unwürdige Arbeitsverhältnisse zu öffnen.



Auf bundesweiten Mai-Feiern zum Tag der Arbeit zeigten viele KAB-Gruppen und CAJ Flagge für faire Löhne. Fotos: KAB



## Chance Grundeinkommen

**Dülmen.** Das bedingungslose Grundeinkommen, wie es die KAB vorsieht, ist eine Chance in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt, die Menschen abzusichern. Dies machte Dr. Michael Schäfers, Leiter des KAB-Grundsatzreferates, den 65 Delegierten des Bezirkstages in Dülmen deutlich. „Schöne neue Welt? – Arbeit 4.0“ war auch der Bezirkstag überschrieben. Die soziale Sicherung sei die zentrale Frage für die Zukunft, wenn Arbeitnehmer/-innen durch Maschinen ersetzt werden. Unbestritten sei, dass die Digitalisierung in der Arbeitswelt voranschreite. Dennoch warnte der Referent, sich von Schreckensszenarien einfangen zu lassen. Die Digitalisierung werde eine fortschreitende Entwicklung sein, ist Schäfers sicher, die es bewusst und menschenwürdig zu gestalten gelte.

Zunehmende Flexibilisierung der Arbeit, steigende Qualifikationsanforderungen an Beschäftigte und Strukturumbrüche brauchen eine Ordnungspolitik hin zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, hob der KAB-Referent hervor. Das Mensch-Maschinen-Motiv haben die Verantwortlichen des Bezirkstages bildhaft in Pappmaschee umgesetzt. Insgesamt wurde der Bezirkstag und die Umsetzung dieser wichtigen Thematik auch von den Gästen aus Gewerkschaft und Lokalpolitik sehr gelobt. Am Nachmittag wählten die Delegierten Günter Schlicker aus Werne zum Bezirksvorsitzenden. Seine Stellvertreter wurden Janbernd Lütke Brintrup aus Lüdinghausen und Heinz Wansing aus Dülmen.



Arbeitswelt 4.0 gestalten, um Ungerechtigkeit zu verhindern. Foto: KAB

## Wirtschaft ohne Wachstum



Der Postwachstums-Forscher Nico Paech und der Zeitökonom Fritz Reheis.



Foto: Rabbe/Wikipedia

**Nürnberg.** Bereits in den 1970er-Jahren zeigte der Club of Rome, ein Zusammenschluss von führenden Wissenschaftlern, das Ende des Wachstums auf. „Das gemeinsame Haus“, wie es Papst Franziskus in der Enzyklika „Laudato si“ nennt, ist in Gefahr zu kollabieren. Das Bildungswerk der KAB Eichstätt hatte gemeinsam mit dem Kurt-Eisner-Verein und dem Caritas-Pirchheimer-Haus die Frage gestellt: „Funktioniert eine Wirtschaft ohne Wachstum?“ Antworten darauf versuchten die beiden Referenten, der Postwachstums-Ökonom Prof. Nico Paech sowie der Zeitökonom und Buchautor Fritz Reheis den 120 Gästen zu geben. Trotz des Wissens über die Ursachen der CO<sub>2</sub>-Verschmutzung und deren Folgen habe sich der ökologische Fußabdruck

auch bei der Bildungselite nicht verringert. Er mahnte eine Beschränkung von Flugreisen, mehr Eigenleistung zu erbringen, Güter gemeinschaftlich zu nutzen, regionale Märkte zu stärken und die Erwerbsarbeitszeit radikal zu verkürzen. Das Grundübel nur in einem neoliberalen Wirtschaftssystem zu sehen, hält Paech für falsch: „Wir sind der Kapitalismus!“ Rücknahme und Einschränkung sieht auch Fritz Reheis als wichtige Handlungsoption. Bereits seit den 1990er-Jahren setzt er auf Entschleunigung. Die aktuelle Wirtschaftsweise zwingt alle ins Hamsterrad, aus dem wir glauben, nicht einfach aussteigen zu können. Für eine Befreiung davon ist es aber wichtig, dass die dadurch gewonnene Zeit auch wirklich frei bleibt, so der Zeitökonom Reheis. (K. Schmidt)

## Brief an Spahn

**Frankfurt.** In einem Brief an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn kritisiert KAB-Mitglied und Leiter der Frankfurter Armenkirche Pfr. Albert Seelbach Spahn für seine Äußerung zur Situation von Hartz-IV-Beziehern. „Es ist eine Schande, dass es in Deutschland mit tausenden Millionären und hunderten Milliarden noch so viel Armut gibt“, erklärt er in der Kirchenzeitung „Glaube und Leben“. Seelbach begrüßt, dass nun eine Debatte über Armut geführt wird.

## Hundert Jahre Frauenwahlrecht

**Würzburg.** Erst im Jahr 1918 wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht eingeführt. Und erst 1961 wurde mit Elisabeth Schwarzhaupt eine Frau Bundesministerin für Gesundheit. Eine ihrer Nachfolgerinnen, die spätere Gesundheits- und



Familienministerin Dr. Rita Süßmuth, hatte die KAB gemeinsam mit Caritas und dem Martinsforum zu den traditionellen Engelberg-Gesprächen eingeladen, um das Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland“ aus heutiger Sicht zu beleuchten. KAB-Sekretärin Christine Hartlaub bemerkte bei der Begrüßung, dass dennoch drei Männer von den insgesamt 120 Besucher/-innen sich für das Thema interessieren. Ohne dieses Wahlrecht wären Frauen weiterhin Bittstellerinnen gewesen, meint Süßmuth, die ab 1986 auch das Frauenministerium führte. Süßmuth diskutierte gemeinsam mit der jungen Politikerin Katharina Pritzl, die sich für das Amt der Bürgermeisterin in Alzenau zur Wahl gestellt hat. Neben der Gleichberechtigung forderte Süßmuth, anders als die junge Pritzl, auch Macht für Frauen: „Natürlich brauchen wir Macht, denn wir wollen ja Einfluss ausüben“.

## 70 Jahre Mitglied – Leben für die KAB

**Aschaffenburg/Glatzbach/Bimbach.** Für sie gehört die KAB und ihr KAB-Ortsverein zum Leben. 70 Jahre Treue. Auf den diesjährigen Jahreshauptversammlungen zum Jahresbeginn konnten einige Mitglieder geehrt werden, die unfassbare siebenzig Jahre zur KAB und ihren Idealen stehen. In Aschaffenburg konnte am Tag des Arbeiters, dem Josefs-Tag, KAB-Diözesansekretärin Gisela Heimbeck nicht nur Franz Baume für 60, sondern sogar Wilhelm Kaup für sagenhafte 70 Jahre KAB-Mitgliedschaft mit der Treue-Urkunde des Bundesverbandes auszeichnen. Vor 70 Jahren, am 1. April 1948, trat Rudi Bergmann ins damalige Werkvolk ein. Viele Jahre war er Vorsitzender. Dr. Dr. Georg Schütz vom Würzburger Diözesanvorstand ehrte Bergmann, der Mitbegründer des heutigen KAB-Ortsvereins nach dem 2. Weltkrieg war. Im hessischen Bimbach plagten den KAB-Ortsverein zwar Nachwuchssorgen, doch Mitglieder wie Hedwig von Keitz halten der KAB seit nun 70 Jahren die Treue.

# ACLI-Kongress: Migration und Industrie 4.0

Chancen und Risiken einer fortschreitenden Industrie 4.0 war das Thema des 12. Bundeskongresses, den die christlichen Arbeitnehmer/-innen Italiens in Deutschland (ACLI) Mitte April durchführten. Vertreter der ACLI in Deutschland trafen sich in der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, um die Auswirkungen der Digitalisierung in der Arbeits- und Lebenswelt zu diskutieren. Die Delegierten diskutierten über ein „Europa der Arbeit und Solidarität im Zeitalter von Industrie 4.0“.

„Als Migranten setzt ihr wichtige Akzente für die Gesellschaft und als Mitgliedsverband der KAB Deutschlands“, erklärte Peter Niedergesäss, der im Auftrag des KAB-Diözesanverbandes und des KAB-Bundesvorstandes als Redner auf dem ACLI-Bundeskongress auftrat. Niedergesäss rief die ACLI-Delegierten auf, thematisch mit der KAB zusammenzuarbeiten. Er präsentierte fünf notwendige Schritte. So brauchen Klick-Worker Sozialstandards und einen armutsfesten Min-



Das Thema Industrie 4.0 beschäftigt auch die christliche Arbeiterbewegung Italiens ACLI auf ihrem 12. Bundeskongress in Stuttgart.

destlohn. Ein Grundeinkommen muss über eine Wertschöpfungsabgabe der Konzerne und nicht aus Steuern finanziert werden. Klick-Worker brauchen Begegnungsräume. Deshalb muss die Digitalisierung von Seiten der Arbeitnehmerbewegungen gestaltet und ethische Rahmenbedingungen von der Gesellschaft entwickelt werden, so Niedergesäss. Ethisch-soziale Aspekte

einer Industrie 4.0 forderte auch Christian Gojowczyk von der Betriebsseelsorge Ludwigsburg auf dem ACLI-Kongress.

Mit der Wiederwahl von Duilio Zanibellato zum Vorsitzenden der ACLI Deutschland und einer abschließenden Resolution hat sich der italienische KAB-Partnerverband für die kommenden Jahre neu ausgerichtet.

Foto: Isabella Lo Jacono

# Nach dem Kapitalismus

Nicht mit dem 200. Geburtstag von Karl Marx, der bereits früh die Krisen des Kapitalismus beschrieben hat, ist diese Wirtschaftsweise in Verruf geraten. Längst ist klar, dass mit dieser Wirtschaftsweise unser Planet und damit Gottes Schöpfung (inklusive Mensch) in Gefahr gerät, völlig ausgebeutet und zerstört zu werden. Der ehemalige ecuadorianische Energieminister Alberto Acosta und der Wiener Politikwissenschaftler Ulrich Brand wagen einen Blick hinter den Vorhang des Kapitalismus. Sie stellen die Frage: Was kommt nach dem Kapitalismus? Sie stellen die Frage jetzt, weil sie der Ansicht sind, dass diese ausbeuterische Wirtschaftsform eine unhaltbare Lebensweise darstellt. „Wenn wir akzeptieren, dass es sich um eine Zivilisationskrise handelt, ist zu ihrer Überwindung eine wesentliche Transformation unumgänglich“. Die Autoren erkennen, dass weltweit das Bewusstsein für diese Transformation und damit für die Überwindung des Kapitalismus wächst. Beide, der ehemalige Ener-

gieminister Acosta aus Ecuador und der Politikwissenschaftler aus Österreich sehen, dass die „bestehenden Transformationsprozesse im Norden und Süden miteinander zu verknüpfen“ sind. Dabei steht auf beiden Hemisphären das „Gute Leben“ (buen vivir) jenseits von Wirtschaftszwängen im Vordergrund.

Den Autoren geht es um Wachstumsrücknahme (Degrowth), um eine „nichtwachstumsgetriebene, sondern produktive und nichtausbeuterische, solidarische und ökologisch wirklich nachhaltige Produktions- und Lebensweise“. Dazu gehört auch eine radikale Veränderung bisheriger Verteilungs- und Verbrauchsmuster. Der Überwindung des Kapitalismus folgt ein „gutes Leben“, ein neuer Horizont in einem „gemeinsamen Haus“. Ein hoffnungsfrohes und lesenswertes Buch.

**Radikale Alternativen – Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann, Alberto Acosta/Ulrich Brand, oekom-Verlag, München 2018.**



# Würde des Politischen

Warum muss man mit 92 Jahren noch ein Buch über den Twitter-Präsidenten Trump schreiben? Warum setzt sich der Sozialdemokrat Erhard Eppler mit einem amerikanischen Politikstil auseinander, der scheinbar mit uns nichts zu tun hat? Weil es uns eben doch angeht. Nicht nur jenseits des Atlantiks hat der Neoliberalismus den Politikstil radikal verändert. Auch in Europa wird die Demokratie zum „Deal“ oder „Game“, wie die Entscheidung zum Brexit belegt. Eppler belegt anhand des Parteiprogramms der AfD, wie der Neoliberalismus im erzkonservativen und nationalistischen Lager Fuß gefasst hat. Parolen wie „Schlanker Staat für freie Bürger“ oder „Die AfD widersetzt sich jeder Einschränkung von Bürgerrechten durch eine Verschärfung des Waffenrechts“ erinnern nicht nur an amerikanische Verhältnisse. Es ist der Versuch, diese in Deutschland umzusetzen.

Mit seinen 60 Jahren Erfahrung als politischer Denker will er aufrütteln und plädiert für die Würde der Politik, des Politischen. Die gesteuerte und weit verbreitete Verunglimpfung der Politik und ihrer Vertreter/-innen ist der Nährboden für die Trumps, Le

Pens und Orbans gleichzeitig für eine gespaltene Gesellschaft. Der SPD-Politiker macht klar, dass eine Meinung noch keine Politik ist. Politik entsteht erst dann, wenn das Ganze einer Gesellschaft in den Blick genommen werde. Auch wenn Eppler in seinen Themen zu sehr springt, macht es die Notwendigkeit deutlich, politischer zu werden und einen demokratischen Aufbruch zu wagen, um Schlimmeres zu verhindern.

**Trump – und was tun wir? Der Antipolitiker und die Würde des Politischen, Erhard Eppler, Dietz-Verlag 2018, 12,90 Euro**



# Nur digital ist keine Lösung

Die neue Bundesregierung setzt auf den Trend zur Digitalisierung. Dieser Begriff ist oft zum politischen Schlagwort für fehlende Lösungen geworden. Er wird von der Politik benutzt, wenn echte Gesellschaftsmodelle und Visionen für die Gestaltung der Zukunft fehlen. Aber wie sieht es wirklich mit der Heilsbotschaft für die Neugestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt aus. Der Wachstumsforscher Steffen Lange und Tilman Santarius, Professor für sozial-ökologische Transformation und nachhaltige Digitalisierung, fragen kritisch nach der „smarten grünen Welt“, die mit dem Trend zur Digitalisierung aller Lebensbereiche verbunden ist.

Fakt ist, so die Wissenschaftler, dass sich die Digitalisierung sozial und ökologisch auswirkt, und zwar auf Arbeitsplätze, Energie- und Ressourcenverbrauch, Konsum und nicht zuletzt auf die soziale Ungleichheit und

das Wirtschaftswachstum. Deshalb ist nicht der Ruf der Politik nach schneller Umsetzung, sondern die soziale und nachhaltige Gestaltung dieser Entwicklung nötiger denn je. Lange und Santarius liefern neben einer tiefen Analyse des Digitalisierungstrends wichtige Lösungsansätze. So sei nicht

mehr Bildung und Digitalisierung wichtig, sondern eine kritische digitale Bildung. Nicht der schnelle digitale Konsum, sondern der bewusste nachhaltige Konsum, nicht billige Energie, sondern eine höhere Besteuerung von Energie und Ressourcenverbrauch. Digitalisierung ist nicht die Lösung, sie schafft dagegen Gefahren, dass bestehende gesellschaftliche Probleme trotz positiver Techniken weiter verschärft werden.

**Smarte Grüne Welt? – Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit, Steffen Lange & Tilman Santarius, oekom-Verlag, München 2018, 15,00 Euro**



# KAB-Stiftung ZASS mit Stadt-Projekt

Die Bevölkerung auf der Erde wächst und Wissenschaftler prognostizieren, dass bereits 2050 zwei Drittel der Menschheit auf diesem Planeten in Städten und Mega-Städten leben werden. Schon heute leben über fünfzig Prozent der Weltbevölkerung in Städten. Der Zuzug in die Metropolen verteuert nicht nur Wohn- und Lebensraum, sondern verschärft dadurch auch die Spaltung. Immer mehr Menschen können sich heute schon keinen bezahlbaren Wohnraum für sich und ihre Familien in den Städten finanzieren.

„Überlebensraum Stadt“ ist daher ein neues Projekt des Bischöflichen Hilfswerks Misereor, der KAB-Stiftung Zukunft der Arbeit und Sozialen Sicherung (ZASS) und der katholischen Erwachsenenbildung Deutschlands (KEB), das sich mit der „Verstädterung der Welt auseinandersetzt. Anfang Mai gaben die Projektträger eine Arbeitshilfe unter gleichnamigem Titel heraus und luden zu einer Ausstellung ins Kettelerhaus der KAB in Köln, wo Kunstarbeiten zum Thema Stadt und Verstädterung gezeigt wurden.

# KAB-Arbeitshilfe zur Digitalisierung der Arbeitswelt

Zur Vertiefung und Bearbeitung des Krefelder Beschlusses „Arbeit. Macht.Sinn.“ im und außerhalb des Verbandes ist nun das Arbeits- und Lesebuch „Zukunft der Arbeit – Arbeit 4.0 | Digitalisierung | Menschenwürde“ erschienen. Die Arbeitshilfe mit über achtzig Seiten enthält Aufsätze, Analysen, Features, Interviews und viele Anregungen in Gruppen und Vereinen sich mit dem Thema intensiv auseinanderzusetzen. Darüber hinaus bietet es Gebete und Fürbitten, die für Gottesdienste genutzt werden können und weiterführende Tipps und Links unter [www.kab.de/alb18](http://www.kab.de/alb18). Das Arbeitshilfe kann bei den Diözesanverbänden der KAB oder über den KETTELNER-Verlag in Waldmünchen für zehn Euro pro Stück (Staffelpreise: 10 Stück je 9,50 Euro, 50 Stück je 9,00 Euro) bezogen werden.

mehr unter: [www.kab.de](http://www.kab.de)

# „Europa ist ohne Alternative!“

Wohin steuert Europa?“. Diese Frage stellte das KAB-Europabüro gemeinsam mit der KAB-Stiftung ZASS, der Uni Köln, der Europa-Union und dem Katholischen Bildungswerk der Wissenschaftlerin Dr. Anja Thomas vom Pariser Centre de Recherches Internationales (CERI), dem EVP-Abgeordneten Axel Voss, der Grünen-Politikerin Katharina Dröge und dem Generalsekretär der europäischen Bischofskonferenz (COMECE) Michael Kuhn. Die Experten beleuchteten die Chancen der Europa-Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Anfängen von einer EU-Steuer, einer gemeinsamen Flüchtlings- und Finanzpolitik, gemeinsamen Anstrengungen in der digitalen Entwicklung bis hin zu einer europäischen Verteidigungsinitiative. Auch wenn Macron mit der „Wiedergeburt Europas“ auf eine stärkere Einigung zwischen Nord- und Südländern der EU setzt, bleibt unklar, ob sich seine Ideen auch gegen die deutsche Europa-Politik durchsetzen werde, so die Teilnehmer/-innen der Diskussion im Kölner Domforum. „Macron macht mit seinem Vorstoß, der in Deutschland nur lauwarm aufgenommen wurde, klar, dass es keine Alternative zu einem starken Europa gibt“, so die Wissenschaftlerin Dr. Anja Thomas. „Es bedarf eines starken sozialen Ausgleichs in Europa“ fordert COMOCE-Generalsekretär Michael Kuhn. „Dazu müssten sich starre Strukturen in Europa verändern und anpassen“, so Kuhn weiter.

Interviews unter [www.kab.de](http://www.kab.de)

# KAB beim Katholikentag



Sorgen für interessante Gespräche über Arbeit 4.0: die Standbetreuer/-innen.

Zuweilen wurde es eng am KAB-Stand, weil sich die Besucher drängten, ihr Votum zur digitalen Arbeitswelt abzugeben. Immer wieder suchten die engagierten Standbetreuer/-innen das Gespräch mit den Katholikentagsbesuchern. Ob SPD-Chefin Andrea Nahles, Ex-ZdK-Präsident Alois Glück oder DBK-Sekretär Pater Hans Langendörfer, viele Vertreter aus Politik, Kirche und Gesellschaft informierten sich über die KAB-Aktion „#DIGITALE\_ARBEIT\_MENSCHEN\_WÜRDIG“.

Chancen und Risiken in der Arbeit 4.0 waren auch die Themen des Arbeitnehmerempfangs und der Diskussion mit Publik-Forum Chefredakteur Dr. Wolfgang Kessler. Der Wirtschaftsjournalist sieht die große Gefahr in der

Profitgier der großen Vermögensgesellschaften, die weltweit und in allen Wirtschaftsbereichen und der Daseinsvorsorge mitbestimmen. Kessler forderte, soziale Netzwerke wie Facebook zu enteignen, um Daten- und Persönlichkeitschutz zu garantieren. Prälat Peter Kossen rief im Arbeitnehmer/-innen-Gottesdienst die Anwesenden auf, hinzuschauen und etwas gegen unwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zu unternehmen. „Es schauen zu viele weg!“, so Kossen. Da die Gesellschaft Schuldklaverei, Prostitution und auch die Ausbeutung von Leih- und Zeitarbeitern zulasse, „verkaufe die soziale Marktwirtschaft ihre Seele“. „Suche den Frieden und suche ihn durch soziale Gerechtigkeit“, mahnte Kossen in seiner Predigt.

Foto: Rabbe



ALLES, WAS RECHT IST

# Kaum Lobby für Solo-Selbstständige

Große Heterogenität bei Selbstständigen / Verbände und Gewerkschaften müssen nach Lösungen suchen

Die Digitalisierung der Wirtschaft sorgt dafür, dass die Zahl der Selbstständigen stetig steigt. Kleine Start-ups oder zuarbeitende Crowdworker sorgen für neue Formen der Arbeit und neue Arbeitsverhältnisse. Impuls-Mitarbeiter Gerhard Endres fragte die Arbeitsforscher Dr. Lisa Abbenhardt und Prof. Dr. Hans Pongratz, Arbeitssoziologe an der LMU München, wie Solo-Selbstständige ihre Mitbestimmungsrechte wahrnehmen können.

**Impuls:** Herr Prof. Pongratz, Frau Dr. Abbenhardt, Sie haben eine Studie über die Situation von Solo-Selbstständigen erstellt, was sind die Ergebnisse?



Dr. Lisa Abbenhardt

**Dr. Lisa Abbenhardt:** Wir haben festgestellt, es gibt keinen zentralen Verband, der die Interessen der Solo-Selbstständigen in den Mittelpunkt stellt. Sie werden in verschiedenen Verbänden mit vertreten, sie sind meist eine Berufsgruppe unter vielen, die vertreten werden. Beispielsweise neben Unternehmern, Betriebsinhabern oder Arbeitnehmern. Die meisten Verbände veröffentlichen keine Stellungnahmen zur sozialpolitischen Lage oder zu den Interessenpolitischen Bedarfen Solo-Selbstständiger.

**Impuls:** Woran liegt die schlechte Vertretung von Solo-Selbstständigen?  
**Pongratz:** Es liegt einerseits daran, dass innerhalb der Verbände die Solo-Selbstständigen eine Minderheit sind und auch kaum sichtbar werden. Man weiß oft nicht, wer von den Mitgliedern solo-selbstständig ist. Das macht

es schwierig, gemeinsam für spezifische Interessen einzutreten. Hinzu kommt, dass bei allen Selbstständigen, aber speziell bei den Solo-Selbstständigen eine große Heterogenität der beruflichen Bedingungen anzutreffen ist. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Branchen, zum Beispiel in der Einkommensverteilung, sind sehr groß. Das macht es schwierig, eine gemeinsame Linie zu finden.

**Impuls:** Gibt es große Unterschiede bei den Solo-Selbstständigen?

**Pongratz:** Die Situation ist vielschichtig. Es bezeichnet sich ja kaum jemand als solo-selbstständig. Man identifiziert sich mit seinem Beruf und sagt beispielsweise: Ich bin Handwerker. Oder im IT-Bereich sehen sich viele als Freelancer.

Die reine Tatsache, dass man ohne Beschäftigte selbstständig ist, ist für die berufliche Identität erst mal nicht ausschlaggebend. Eine wesentliche Aufgabe ist zu bestimmen: Was ist das Gemeinsame in der Solo-Selbstständigkeit? Und was ist das Besondere an der Selbstständigkeit? Solo-Selbstständige sind zur gleichen Zeit wie Arbeitnehmer von ihrer eigenen Arbeitskraft abhängig und damit schutzbedürftig und als Unternehmer mit eigenständigen Angeboten auf dem Markt aktiv. Sich kollektiv zu organi-

sieren, das bleibt die Aufgabe der Solo-Selbstständigen selbst. Dazu müssen sie sichtbar werden, sich austauschen und sich innerhalb der Verbände artikulieren.



Prof. Dr. Hans Pongratz

**Impuls:** Was raten Sie den Gewerkschaften?

**Abbenhardt:** Ver.di ist ein gutes Beispiel für die Arbeit mit den Solo-Selbstständigen, da sind viele Solo-Selbstständige organisiert. Das Referat für Selbstständige könnte größer sein. So würde man dieser Gruppe mehr Raum geben. Ver.di hat auch das Beratungsnetzwerk mediafon aufgebaut, das sehr gut funktioniert. Das könnte ausgeweitet werden in Kooperation mit anderen Gewerkschaften, wie den Crowdworkern, die in der IG Metall organisiert sind. Eine Möglichkeit wäre, diese Arbeit gemeinsam zu organisieren und die Kooperation hinsichtlich der Interessenvertretung zu intensivieren. Zudem wäre es sehr sinnvoll, wenn Kammern, Verbände und Gewerkschaften in diesen Fragen gemeinsam nach Lösungen für die Sicherung der Erwerbslage Solo-Selbstständiger suchen.

**Impuls:** Herr Professor Pongratz, ist es für die Gewerkschaften schwierig, die verschiedenen Kulturen zusammenzubringen?

**Pongratz:** Das ist nicht ganz einfach. In bestimmten Bereichen gibt es aber schon länger eine gemeinsame Entwicklung. Im Journalismus zum Beispiel sind die Abgrenzungen weniger stark: Da gibt es schon lange Solo-Selbstständige, teilweise als „feste Freie“, und Festangestellte nebeneinander. Beide Gruppen sind in der Gewerkschaft aktiv. Von diesen Erfahrungen kann man viel lernen. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat immerhin 30.000 Solo-Selbstständige als Mitglieder; aber der Rest der zwei Millionen Mitglieder sind abhängig Beschäftigte, Selbstständige bleiben eine Minderheit. Ansprüche an die Arbeitsbedingungen zu vertreten und marktkonform zu handeln, das ist für manche Gewerkschafter ein grundsätzlicher Widerspruch. Dass Erwerbstätige Unterstützung in ihrem unternehmerischen Handeln benötigen, das wird auch einen Wandel in der Haltung der Gewerkschaften verlangen.

**Impuls:** Sind Sie mit der Reaktion der Gewerkschaften auf Ihre Studie zufrieden?

**Pongratz:** Ja, die Gewerkschaften setzen sich immer intensiver mit der Thematik auseinander; das ist aber erst der Anfang. Die Schwierigkeit wird sein, die Vorschläge, die schon auf dem Tisch liegen, mit vielen Beteiligten und Betroffenen abzustimmen. Dazu braucht man einen langen Atem und man muss mit ganz verschiedenen Verbänden zusammenarbeiten. Es ist für die Gewerkschaften eine neue Erfahrung, dass sie in diesem Feld eine Organisation zur Interessenvertretung neben vielen anderen sind.

## Anstieg der Zahl von Solo-Selbstständigen

2017 verdienten 2,31 Millionen Menschen ihr Einkommen als Ich-AG. Im vergangenen Jahr lag ihr monatliches Nettoeinkommen im Schnitt bei 1567 Euro. Laut einer DIW-Studie begünstigte das starke Wachstum des Kreativsektors den Anstieg der Solo-Selbstständigkeit.

Betriebe und Behörden lagerten viele Funktionen an Freiberufler aus, um Kosten zu sparen. Laut der Studie wurden Existenzgründungen oft mangels ausreichender regulärer Jobs in Angriff genommen - stark befeuert durch die Förderung zuvor arbeitsloser Gründer.

Anzeigen

**Seniorenrecht & barrierefrei für Gruppen & Einzelreisen**  
Hallenbad, Sauna, Dampfbad, Infrarot, Panoramalage, Lift

Staatl. anerk. Erholungsort in Franken, 90 km Wanderv. Alle Zi. Du/WC/TV/Safe/Fön/WLAN, Lift, HP 44 €, EZZ 11 €, inkl. Kurtaxe, Livemusik, Reiseleitung, Grillen, Wellness, Kegeln, rollstföhl. Zimmer. Prosp. anf. **Ideale Ausflugsmöglichkeiten.**

**Landhotel Spessarttruh, Wiesener Str. 129, 97833 Frammersbach,**  
Tel. 09355-7443, Fax -7300, www.landhotel-spessarttruh.de

**Gruppenreisen für 2018/19**  
Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald  
69436 Schwanheim bei Heidelberg · Dorfriesenstr.11  
Hotel & Pension  
**Schwanheimer Hof**

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen. Durch die zentr. Lage von Schwanheim ist unser Haus ein idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt. Alle Zimmer mit Dusche/WC/Fön und TV, überwiegend mit Balkon.  
**Gruppenpreis 2018 ab 30 P. ab 7 Tage : Ü/HP ab 39,- € pro Pers./Tag im DZ inkl.**  
Begrüßungstrunk, reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend.  
Gern senden wir Ihnen unser Prospekt oder unser spezielles Frühjahrs-Gruppenangebot.  
Claudia Eckelmann - Frieb · Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 · www.schwanheimerhof.de

**Abnehmen ohne Verzicht!**  
Gewichtsreduktion durch Verhaltensänderung und ohne auf liebgewonnene Lebensmittel zu verzichten.

**DU SCHAFFST DAS!**

Leitung: Norbert Girtler (Stress Reduction School) 6. 8. bis 19. 8. 2018

Infos unter: www.josef-gockeln-haus.de Telefon: 027 64/69-0

## Marx: Leben – Werk – Armut

Nach dem Martin-Luther-Reformationsjahr steht nun das Karl-Marx-Revolutionenjahr auf dem Programm der Erinnerungsausstellungen. Dabei ging es beiden Reformern weniger um eine religiöse oder politische Spaltung von Gesellschaft. Aus der Erkenntnis bestehender Missstände versuchten beide, Luther und Marx, eine Weiterentwicklung der Gesellschaft einzuleiten, hin zu einer gerechteren Welt. Trier, die Geburtsstadt von Karl Marx, hat ihrem weltberühmten Sohn zwei große Ausstellungen gewidmet. Noch bis zum 21. Oktober ehren zwei Trierer Museen Marx unter dem Titel „Karl Marx 1818–1883. Leben. Werk. Zeit“.



Karl Marx und Friedrich Engels mit den Ehefrauen Laura und Eleonora sowie Tochter Jenny.

Hinter Luther und Adenauer zählt Karl Marx nach einem TV-Ranking aus dem Jahre 2003 zu den „größten Deutschen“, auch wenn das aus seinen philosophischen und gesellschaftspoli-

tischen Ideen abgeleitete Wort „Marxismus“ in Deutschland eher einen bedrohlichen Klang behält. Zu radikal, zu revolutionär, zu konsequent sind seine Schlussfolgerungen über Kapital, Wirtschaft und Gesellschaft. So widmen sich die beiden Ausstellungen im Rheinischen Landesmuseum Trier mit „Leben. Werk. Zeit.“ und im Stadtmuseum Simonsstift Trier mit dem Ausstellungsteil „Stationen eines Lebens“. Und derer gab es sehr viel: beruflicher Art, aber auch aufgrund von Berufsverbot und Flucht. Als Sohn des Rechtsanwalts Heinrich Marx und seiner Frau Henriette erhielt Karl Privatunterricht, bevor er das Gymnasium besuchte. Anschließend studierte er in Bonn Rechtswissenschaften. 1836 wechselte er nach Berlin, wo er sich mit den Ideen Hegels auseinandersetzte. In Jena promovierte er. Er entschied sich für den Journalismus und übernahm die redaktionelle Leitung der „Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“ in Köln, wo er mit kritischen Artikeln über Freihandel und Schutzzoll die Zensurbehörden auf den Plan rief. Die Zeitung wurde verboten, Marx arbeitslos. Er zog nach Paris. Am Vorabend der Februarrevolution 1848 in Paris verfasste er mit Friedrich Engels das „Kommunistische Manifest“. Ein erneuter Versuch, in Köln Zeitung zu machen, scheiterte nach dem Scheitern der Revolution 1849. Er floh über Paris nach London, wo er mit seiner Familie immer wieder in arme Verhältnisse abrutschte. **Karl Marx 1818–1883. Leben.Werk. Zeit (5. Mai–21. Okt. 2018), Trier**

## Kann ich Urlaub aus der Vollzeit in die Teilzeit mitnehmen?

Beschäftigten stehen nach dem Bundesurlaubsgesetz 20 Tage Erholungsurlaub im Kalenderjahr zu. Der Anspruch bezieht sich auf eine Fünf-Tage-Woche. Immer wieder verringern Beschäftigte ihre wöchentlichen Arbeitstage, um mehr Zeit für die Kinder zu haben oder um einen Angehörigen zu pflegen oder einfach nur, um mehr Zeit für sich zu haben. Wie verhält es sich nun aber bei einer Verringerung der Arbeitstage mit dem gesetzlichen Urlaubsanspruch?

Weder im Bundesurlaubsgesetz noch europarechtlich ist ausdrücklich geregelt, was mit offenen Urlaubsansprüchen passiert, wenn die Anzahl der Arbeitstage pro Woche verringert wird, zum Beispiel von fünf auf drei Tage pro Woche, und Beschäftigte aus der vorangegangenen Zeit der Fünf-Tage-Woche noch Urlaub haben. Durch die Reduzierung der Tage reduziert sich auch der Urlaubsanspruch entsprechend. Dies führt jedoch nicht immer dazu, dass sich der bereits zuvor in einer Fünf-Tage-Woche erworbene Urlaub mit Beginn einer Teilzeitbeschäftigung (Reduzierung auf Drei-Tage-Woche) rückwirkend reduziert.

Für den Fall, dass Beschäftigte bis zum Zeitpunkt der Reduzierung der Arbeitstage den bis dahin angefallenen Urlaub nicht nehmen konnten, hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in mehreren Entscheidungen, zuletzt am 13. Juni 2013, eine neue Sichtweise eingebracht. Er stellte fest, dass es gegen europarechtliche Bestimmungen verstößt, wenn ein aus der Vollzeitbeschäftigung erworbener Urlaubsanspruch bei einer Verminderung der Wochenarbeitstage entsprechend der Teilzeitquote verringert wird (Beschluss des Gerichtshofs der Europäischen Union, C-415/12 vom 13. Juni 2013).

Diesen Beschluss hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit Urteil vom 10. Februar 2015 (Az.: 9 AZR 53/14) bekräftigt. Eine Kürzung der Zahl der Urlaubstage wegen des Wechsels in Teilzeit würde nach Auffassung des BAG eine Ungleichbehandlung von Teilzeitbeschäftigten gegenüber Vollzeitbeschäftigten darstellen. Dies gilt aber nur, wenn der Urlaub aus dienstlichen oder persönlichen Gründen nicht genommen werden konnte. Bestand die Möglichkeit, den Urlaub vorher noch zu nehmen, kann der Urlaubsanspruch gekürzt werden.



Josef Glatt-Eipert  
KAB-Diözesansekretär Eichstätt,  
Referat Arbeits- und Sozialrechtsberatung

## Lernender Lebensabend

Bildung ist nicht nur in Deutschland abhängig von der sozialen Stellung. In Mexiko musste Guadalupe Palacios 93 Jahre lang warten, bis sie ein Grundschulprogramm für Erwachsene absolvieren konnte. Jetzt träumt sie von einer schulischen und beruflichen Ausbildung. Sie wuchs in ärmlichen Verhältnissen im mexikanischen Bundesstaat Chiapas auf. Auf dem Bauernhof ihrer Eltern musste sie von frühester Kindheit an mitarbeiten, ein Schulbesuch blieb ihr verwehrt. Mit jetzt 96 Jahren drückt sie erstmals die Schulbank mit jugendlichen Schülern. Die neuen Klassenkameradinnen und -kameraden begrüßten ihre wissbegierige Mitschülerin am ersten Schultag mit großem Applaus. Ob in Mathe oder Chemie, Guadalupe notierte sich alles und selbst in der Tanzstunde machte sie mit. Nach dem Abschluss im Alter von 100 Jahren will sie sich ihren Traum erfüllen und Kindergärtnerin werden. Guadalupe selbst ist Mutter von sechs Kindern.



**Guadalupe Palacios:**  
Mein Traum ist es, Kindergärtnerin zu werden

## Sehende Justitia

In der Regel ist Justitia im Gericht blind, um die Angeklagten unabhängig von ihrem Stand, Aussehen, Nationalität oder Geschlecht zu behandeln. Doch die blinde 36-jährige Yetnebersh Nigussie konnte in Äthiopien keine Richterin werden. So entschied sie sich, Anwältin zu werden und für die Rechte von Behinderten zu kämpfen. Nigussie erblindete im Alter von fünf Jahren, kam auf eine katholische Blindenschule, wo sie nach den „Grundsätzen der Bibel“ erzogen wurde. Später wechselte sie auf eine reguläre Schule. „Da ich nicht spielen konnte, konzentrierte ich mich aufs Lernen“. Sie studierte Jura. Heute berät sie als Menschenrechtsexpertin internationale Fachorganisationen. Für ihren Einsatz erhielt sie 2017 den Alternativen Nobelpreis. Im Mai erhielt sie den „Helen-Keller-Award“ für ihr bisheriges Lebenswerk, ihre Entschlossenheit und als globale Stimme für Menschen mit Behinderungen.



**Yetnebersh Nigussie:**  
Weil ich blind bin, wurde ich nicht verheiratet

## Faires Landleben

Sie ist nicht nur eine Unternehmerin mit Herz und Verstand, sondern besonders auch mit Verantwortung für Mensch, Tier und Natur. Barbara Scheitz ist die Chefin von Deutschlands größter Biomolkerei. Die 52-jährige Bayerin aus Andechs am bayerischen Ammersee verbrachte ihre Kindheit zwischen Milchkannen, Butter, Käse und Joghurt. 2015 hat die Mittelstands-Union sie zur Unternehmerin des Jahres gekürt. Doch wichtiger ist ihr die faire Bezahlung der Bauern für ihre biologische Kuh- und Ziegenmilch. „Der Preis darf keine Ausrede sein, solange 30 Prozent der erzeugten Lebensmittel im Abfall landen“, betont sie. Sie kritisiert, dass die konventionelle Landwirtschaft auf Kosten der Zukunft scheinbar billig produziert. „Würden die Kosten, die durch verschmutztes Wasser und Böden entstehen, den tatsächlichen Verursachern angelastet, würden viele dieser Erzeuger ihr Verhalten ändern!“



**Barbara Scheitz:**  
Welche Landwirtschaft ist enkeltauglich?

## Das Heilige

Um heilig zu sein, muss man nicht unbedingt Bischof, Priester, Ordensmann oder Ordensfrau sein.

Oft sind wir versucht zu meinen, dass die Heiligkeit nur denen vorbehalten sei, die die Möglichkeit haben, sich von den gewöhnlichen Beschäftigungen fernzuhalten, um viel Zeit dem Gebet zu widmen. Es ist aber nicht so.

Wir sind alle berufen, heilig zu sein, indem wir in der Liebe leben und im täglichen Tun unser persönliches Zeugnis ablegen, jeder an dem Platz, an dem er sich befindet.

Bist du ein Gottgeweihter oder eine Gottgeweihte?

Sei heilig, indem du deine Hingabe freudig lebst.

Bist du verheiratet?

Sei heilig, indem du deinen Mann oder deine Frau liebst und umsorgst, wie Christus es mit der Kirche getan hat.

Bist du ein Arbeiter?

Sei heilig, indem du deine Arbeit im Dienst an den Brüdern und Schwestern mit Redlichkeit und Sachverstand verrichtest.

Bist du Vater oder Mutter, Großvater oder Großmutter?

Sei heilig, indem du den Kindern geduldig beibringst, Jesus zu folgen.

Hast du eine Verantwortung inne?

Sei heilig, indem du für das Gemeinwohl kämpfst und auf deine persönlichen Interessen verzichst.

(Papst Franziskus: *Gaudete et Exsultate*, 14)

„Das Geld erniedrigt alle Götter des Menschen – und verwandelt sie in eine Ware.“

Das Geld ist der allgemeine, für sich selbst konstituierte Wert aller Dinge.

Es hat daher die ganze Welt, die Menschheit wie die Natur, ihres eigentümlichen Wertes beraubt.

Das Geld ist das dem Menschen entfremdete Wesen seiner Arbeit und seines Daseins – und dieses fremde Wesen beherrscht ihn, und er betet es an.“ (Karl Marx)

## Süß und schon tot

Och, sind die süß! Die kleinen Küken, gerade geschlüpft und mit trockenen gelben Federn, sind oft das Sinnbild für den Frühling und das neu entstehende Leben. Nach einer Stunde wird in der industriellen Landwirtschaft den männlichen Küken das Leben ausgehaucht. Entweder werden sie lebendig geschreddert oder mit Kohlendioxid vergast. Anläufe von Tierschützern scheiterten vor Gerichten, die das wirtschaftliche Interesse höher einschätzen als das Tierwohl beziehungsweise Tierleben von über 45 Millionen Küken im Jahr. 1,6 Millionen mehr als 2016, so das Bundeslandwirtschaftsministerium. Laut Tierschutzgesetz dürfen Tiere nur aus vernünftigen Gründen getötet werden. Für die Lebensmittelindustrie gelten die männlichen Küken als unbrauchbar und damit unwirtschaftlich. Die Bundesregierung verspricht seit Jahren eine Lösung. Statt Küken auszubrüten, sollen bereits Eier aussortiert werden. Kosten: 2 Cent pro Ei. Laut Geflügelwirtschaft sollten die Testgeräte mit Steuern bezahlt werden.

